

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Schulzeitung. 1860-1933 1904

30 (23.7.1904)

Badische Schulzeitung

Bereinsblatt

des Badischen Lehrervereins, des Witwen- und Waisen-Stifts und des Pestalozzi-Vereins
mit monatlich erscheinender „Literarischen Rundschau.“

Erscheint jeden Samstag. Preis vierteljährlich in Bähl
1 Mark, bei der Post oder unter Kreuzband 1 Mark 40 Pf.
Anzeigen 20 Pf. die viergespaltene Zeile.

Verantwortliche Leitung:
L. Gökel,
Heidelberg, Kleinschmidstr. Nr. 22.

Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagsbuchhandlung der
Arlriengeseilschaft Konordia in Bähl (Baden) zu senden
alles übrige an die Zeitung.
Gratis-Beilagen: jährlich 2 Kataloge.

30.

Samstag, den 23. Juli

1904.

Inhalt: Die allgemeine Volksschule (Fortsetzung). — Die Petition des Bad. Lehrervereins in der I. Kammer. — Die Volksschul-
debatte in der II. Kammer des badischen Landtags (Fortsetzung). — X. Oberrheinische (14. badische) Turnlehrerversammlung — Zur Aufklärung. —
Verschiedenes. — Eulingen 1879—1904. — Allgem. Bad. Lehrer-Witwen- und Waisenstift. — Bez.-Lehrerleseverein Pforzheim. — Personal-
nachrichten. — Briefkasten. — Vereinstage. — Anzeigen.

Die allgemeine Volksschule.

Vortrag auf der Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung in Königs-
berg von Lehrer Gutmann in München.

Fortsetzung.

Man sagt ferner, die Vorschule sei eher in der Lage, ihre Schüler auf den Eintritt in mittlere und höhere Schulen vorzubereiten, als die allgemeine Volksschule. Ein Anhänger jener Schulgattung äußert sich hierüber wie folgt: „Die höheren Schulen verlangen von den Aufzunehmenden vor allem Sicherheit und Gewandtheit innerhalb der ersten Entwicklungsstufen der Muttersprache, und zwar in bezug sowohl auf mündliche, als auf schriftliche Handhabung derselben. Die Hauptaufgabe der Vorschule ist deshalb eine sprachliche . . . Die übrigen Fächer — mit Ausnahme des Rechnens, das aber auch meist formaler und abstrakter betrieben wird, als in der Volksschule — treten in der Vorschule zurück und spielen dort bei weitem nicht die Rolle wie in der Volksschule.“ Würde jemand diese Äußerung nicht in ihrem Zusammenhange kennen, so könnte er auch wohl annehmen, sie sei in Beurteilung der Vorschulen gefallen. Also in den Vorschulen liegt der Hauptnachdruck auf allem Sprachlichem. Wo bleibt denn da die harmonische Bildung des Kindes? Ist es denn nicht eine alte Erfahrung, daß es uns die größten methodischen Schwierigkeiten bietet, das geistige Interesse des Kindes an Grammatik, „Rechtschreiben“ und Aufsatzstoffe zu fesseln? Ist nicht das Grammatifizieren, das sicher in der Vorschule einen breiten Raum einnehmen muß, die ödeste und interesseloseste Sache, die man dem 8—10 jährigen Kinde zumuten kann? Wissen wir nicht alle aus der Erfahrung heraus, daß das Kind einem abstrakten Unterrichts-betriebe, wie beispielsweise auch dem dogmatischen Religions-
unterrichte, mit stummer Ablehnung gegenübersteht? Und in der Vorschule wird, nach der Behauptung ihres Verteidigers, nicht nur der Sprachunterricht, sondern auch der Rechen-
unterricht „formaler und abstrakter“ betrieben als in der Volksschule. Das aber, was dem Kinde am meisten zusagt, die Sachgegenstände, namentlich Anschauungsunterricht und Heimatkunde, tritt in der Vorschule zurück.

Mit ihrer Kenntnis der Entwicklung des kindlichen Seelenlebens darf sich die Vorschule bei diesem Sachverhalt sicher nicht brüsten. Es steht mit allen wohlbegründeten Anschauungen über die Kindesnatur in schroffem Widerspruch, wenn der in Rede stehende Verteidiger der Vorschule sagt, diese könne und dürfe „sprachlich-technisch einseitig vorgehen“. Rein, das darf keine Anstalt, die darauf Anspruch erhebt,

ein psychologisch richtiges Unterrichtsverfahren für 6—10 jährige Kinder zu besitzen. Es ist auch ein schlechter Trost, wenn von der gleichen Seite behauptet wird, daß von der Vorschule im Sach- und realen Unterrichte Versäumte werde in einem langen Schulleben und eingehenden späteren Fachunterricht reichlich wieder eingebracht. Es ist doch eine kaum zu bestreitende Tatsache, daß es mit dem geographischen und Naturkunde-Unterrichte an unseren Gymnasien nicht zum besten bestellt ist, daß aber die Heimatkunde in unseren gymnasialen Lehrplänen eine Rolle spiele, ist mir bisher überhaupt nicht bekannt geworden.

Nun könnte einer mit den eben dargelegten Anschauungen einverstanden und gerade deshalb ein Gegner der allgemeinen Volksschule sein. Er könnte nämlich sagen: Übertragen wir der allgemeinen Volksschule die Aufgabe, auf den Eintritt in das Gymnasium vorzubereiten, so wird auch ihr Lehrplan dem Schicksale verfallen, die sprachlichen Unterrichtsgegenstände in den Vordergrund zu stellen, einen allzu sehr formal bildenden Unterrichtsbetrieb auch auf die übrigen Gegenstände ausdehnen zu müssen, kurz: die allgemeine Volksschule wird in unterrichtlicher Hinsicht ebenso unpsychologisch verfahren wie die Vorschule, ohne daß sie hierfür die Entschuldigungsgründe anzuführen vermöchte, die der Vorschule zur Seite stehen. Denn der größte Teil ihrer Schüler tritt in eine mittlere oder höhere Schule nicht über, wird also in seiner unterrichtlichen Versorgung zugunsten einer Minderheit beeinträchtigt. — Die Erfahrung widerlegt derartige Vorstellungen. Wenn die Volksschule ihren Lehrplan nach rein psychologisch methodischen Forderungen einrichtet, so sind ihre Schüler nach vierjährigem Unterrichte so weit gefördert, daß sie dem Unterrichte an einer mittleren oder höheren Schule — unter der selbstverständlichen Voraussetzung entsprechender Begabung — recht wohl zu folgen vermögen. Aus dem Kreise der Münchener Mittelschullehrer, also der Lehrer an 5 Gymnasien, 3 Realschulen und einer Töchterchule, ist noch niemals eine Klage über mangelhafte Vorbildung der aus den städtischen Volksschulen eintretenden Zöglinge laut geworden; wohl aber weiß ich, daß Gymnasialprofessoren sich über den Kenntnisstand der Münchener Volksschüler, wie er beim Eintritt in das Gymnasium gegeben war, in recht freundlicher Weise äußerten.

Es kann auch durchaus nicht als Vorzug der Vorschule angesehen werden, daß sie ihre Zöglinge schon nach dreijährigem Unterrichtsgange an das Gymnasium abgibt. Denn ganz abgesehen davon, daß das eben nur bei dem bereits gekennzeichneten gänzlich unpsychologischen Unterrichts-

verfahren möglich wird, ist es als eine heillose Verführung anzusehen, wenn man die Knaben schon mit 9 Jahren dem Gymnasium zuführt, für dessen unterrichtliche Anforderungen sie die Reife noch keinesfalls besitzen. Also auch nach dieser Richtung sehen wir die Forderungen der Pädagogik weit eher durch die allgemeine Volksschule, als durch ihre Konkurrenzanstalten erfüllt.

Ähnliches gilt auch gegenüber dem Vorwurfe, die allgemeine Volksschule verkürze die begabten Schüler gegenüber den unbegabten; das lasse sich daraus ersehen, daß, sobald der Ballast der letzteren in mittleren und höheren Schulen abgeworfen sei, viel raschere Fortschritte im Unterrichte erzielt würden, als in der Volksschule. Daß ein möglichstes Durchjagen von Unterrichtspensen eine pädagogisch einwandfreie Sache sei, wage ich zu bezweifeln; gut Ding will Weile haben, und auch der begabteste Knabe braucht Zeit, um sich in neue Vorstellungskreise einzuleben. Ein etwas weitgehendes Maß von Übung, das durch die Rücksicht auf schwächer veranlagte Schüler geboten erscheint, gereicht auch den Begabten durchaus nicht zum Schaden. Wäre übrigens der in Rede stehende Vorwurf berechtigt, so gälte er nicht nur der allgemeinen Volksschule, sondern auch der Vorschule; denn auch diese nimmt, da über den Eintritt nicht die Begabung des Kindes, sondern die Vermögenslage der Eltern entscheidet, unbegabte Böglinge auf.

Damit sind wir schon auf eine weitere schwache Seite der Vorschulen gekommen. Sie nehmen die Kinder auf in der Absicht, sie für das Gymnasium oder eine andere Bildungsanstalt vorzubereiten, ohne auch nur die geringste Bürgerschaft zu haben, daß sie die entsprechende Begabung besitzen. Stellt sich dann auch in der Folge ein Mangel an Anlagen heraus, so können sich doch die Eltern nur schwer dazu entschließen, ihr Kind einem anderen Bildungsgange zuzuführen, solange noch halbwegs die Möglichkeit besteht, daß es wenigstens einige Klassen des Gymnasiums durchmachen könnte. Für das Kind ist es jedenfalls beschämend und für seine weitere Ausbildung entmutigend, wenn es aus der Vorschule oder später aus dem Gymnasium herausgenommen werden muß. Da ist es doch weit verständiger, dem Kinde die nötige Elementarbildung durch die Volksschule zu vermitteln und erst aus den erzieherischen Unterrichtserfolgen einen Schluß darauf zu ziehen, welcher weitere Bildungsweg mit Aussicht auf Erfolg beschritten werden könnte.

Nun hat man der allgemeinen Volksschule den weiteren Vorwurf gemacht, daß da, wo sie bestehe, den unteren Volksschichten jeder fähige Kopf entzogen würde; „recht viele Schüler in die höheren Schulen hineinzubringen, sei ja doch der Stolz solcher tüchtigen Schulen und Lehrer.“ So schwer der Vorwurf ist, so ungerecht ist er. In mißverständlicher Auffassung einer Äußerung des Münchener Schulrats hat man geglaubt, annehmen zu dürfen, in München erreiche nur etwa ein Drittel der Schüler der Mittelklassen die oberen Klassen. Das ist nicht richtig; es wurde bereits von anderer Seite der Nachweis erbracht, daß im Durchschnitt rund 24% Knaben und 6% Mädchen nach dem vierten Schuljahre in Mittelschulen übertreten; in Arbeitervierteln sind es nur rund 6% Knaben und etwas über 2% Mädchen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Städten, die sich der Einrichtung der allgemeinen Volksschule erfreuen. Wie man da von einer intellektuellen „Auspowerung“ der Massen sprechen kann, ist mir unersinnlich. Jeder verständige Lehrer hält es, wenn er von den Eltern um Rat über die weitere Beschulung ihrer Söhne angegangen wird, für seine selbstverständliche Pflicht, vor dem Besuche von Mittelschulen zu warnen, wenn er auf Grund seiner Erfahrungen bei dem betreffenden Schüler das

nötige Maß von Anlagen nicht voraussetzen kann. Andererseits freut er sich aufrichtig über alle begabten Knaben, die der Volksschule auch in den oberen Klassen erhalten bleiben.

Unersinnlich ist es mir ferner auch, wie man aus dem Übertritten in Mittelschulen — diesen Ausdruck im süddeutschen Sinne gebraucht, wo er für Real-, Handels-, Töchter- und Gymnasium besteht — schließen kann, auch in Städten mit der allgemeinen Volksschule genieße diese Anstalt wenig Vertrauen. Gerade wenn man die Zahlen der nach dem vierten Schuljahre in Mittelschulen übertretenden Knaben mit denen der entsprechenden Mädchen vergleicht, versteht man, daß es ganz andere Ursachen sind, die zum Übertritt in Mittelschulen führen; denn die weitaus größte Zahl auch der Mädchen aus gut situierten Kreisen besucht die Volksschule bis zu Ende.

Wie kann man ferner von einer Verödung der Münchener Oberklassen sprechen, wenn an Stelle von fünf Parallelklassen des IV. Jahrganges 4 des V. und 4 des VI. Jahrganges treten, wie das an allen größeren Münchener Schulkörpern die Regel zu sein pflegt? Die Erscheinung, daß so mancher der Mittelschule zustrebt, der seiner Veranlagung nach nicht hineingehört, hat ganz andere Ursachen, als eine etwa bestehende Mißachtung der Volksschule. Sie ist etwa damit zusammenzustellen, daß in unseren Städten fast alle Mädchen für einen bestimmten Beruf vorgebildet werden, als ob heutzutage jede Aussicht auf Verheiratung geschwunden sei; sie hängt mit dem allgemeinen Bestreben zusammen, die Kinder in eine möglichst gesicherte Lebenslage mit festem Gehalt und Pensionsansprüchen hineinzubringen. Auch mit der Geringschätzung der körperlichen Arbeit und des Handwerks ist sie in ursächliche Beziehung zu setzen, und gegen solche sozialen Krankheitserscheinungen, die ja in Frankreich bekanntlich noch in höherem Maße als bei uns gegeben sind, wandte sich auch der Münchener Schulrat mit den bereits angezogenen Ausführungen. Daß sich die allgemeine Volksschule in München großer Wertschätzung erfreut, das beweist u. a. auch der Umstand, daß, wenn pädagogisch-industriell veranlagte Elemente Privatschulen auch für die 4 untersten Jahrgänge der Schulbesuchspflichtigen einzurichten gedenken, gerade bürgerliche Elemente der Stadtverwaltung sich mit besonderem Nachdrucke und unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die günstigen Verhältnisse in den Münchener Volksschulen dagegen aussprechen. Derartige Gesuche pflegen auch fast ausnahmslos abgelehnt zu werden.

Damit sind wir auf einen weiteren Vorwurf gekommen, daß nämlich da, wo die allgemeine Volksschule bestehe, das Privat- und Winkelschulwesen üppig ins Kraut schieße. Ein Blick auf die bezüglichen Verhältnisse in den drei größten bayerischen Städten möge dartun, ob dieser Vorwurf berechtigt ist. In München steht unter der Aufsicht der Königl. Schulkommission nur eine Privatschule, die Kinder in den ersten vier Schuljahren aufzunehmen berechtigt ist, welche laut ärztlichem Zeugnis aus Gesundheitsrücksichten die öffentliche Volksschule nicht besuchen dürfen; sie wird von 89 Kindern besucht. Außerdem gibt es noch 10 Kinder, die in drei anderen Instituten eine Art Privatunterricht genießen. Von einzelnen Lehrkräften werden 27 Knaben und 42 Mädchen in privater Weise unterrichtet. Das sind insgesamt 168 Kinder. Den der Aufsicht der Königl. Regierung unterstellten Privatschulen gehören etwa 400 Mädchen in den ersten vier Schuljahren an. So kommen wir auf eine Gesamtzahl von höchstens 600 Kindern, die der öffentlichen Volksschule fernbleiben.

In Nürnberg bestanden bis vor kurzem an den Knabenmittelschulen einige Volksschulklassen; sie sind jetzt beseitigt; ihre Aufhebung hat den beiden Privatschulen für Knaben keinen Nutzen gebracht, die Schülerzahl in einer der-

selben ist sogar zurückgegangen. In den drei untersten Jahrgängen zählen sie zusammen 28 Schüler. Etwas ungünstiger liegt die Sache für den Mädchenunterricht. Bei 2 städtischen und 3 privaten Anstalten bestehen noch Vorschulklassen, die zusammen 516 Schülerinnen zählen. Man darf hoffen, daß diese Mädchen-Vorschulklassen auch ihrerseits den Weg gehen, den jene für die Knaben bereits gegangen sind.

In Augsburg gibt es nur 2 klösterliche Anstalten, die Schülerinnen der 4 untersten Jahrgänge aufnehmen; beide Anstalten weisen im laufenden Schuljahre in den in Betracht kommenden Klassen zusammen genau 100 Mädchen auf. Privatschulen, die Knaben der ersten vier Schuljahre aufnehmen, bestehen aber in der schwäbischen Kreishauptmannschaft überhaupt nicht.

Angesichts dieser Tatsachen kann man getrost behaupten, daß es wenig deutsche Städte geben wird, in denen das Privatunterrichtswesen eine verhältnismäßig so geringe Ausdehnung aufweist, wie in diesen drei bayerischen Städten, die die allgemeine Volksschule besitzen.

Ein Eingehen auf die Frage, ob die Durchführung des Prinzips der allgemeinen Volksschule auch den Standesbestrebungen der Volksschullehrer förderlich sei, lehne ich ausdrücklich ab, und zwar deshalb, weil ich das im Interesse einer rein objektiven Würdigung der uns beschäftigenden Frage für richtiger erachte. Um indessen im vornherein der Behauptung zu begegnen, die Verteidiger der allgemeinen Volksschule würden „merkwürdig still, sobald die Rede auf diesen Punkt kommt“, möchte ich schon jetzt betonen, daß ich auch in dieser Beziehung mit Vergnügen zur Verfügung stehen werde, wenn die an meinen Vortrag sich anschließende Debatte auf diesen Punkt eingehen sollte. Gerade wir Münchener haben nicht den leisesten Grund, einer Erörterung nach dieser Richtung aus dem Wege zu gehen.

Schluß folgt.

Die Petition des Bad. Lehrervereins in der Ersten Kammer.

Wie wir schon in letzter Nummer des Vereinsorgans kurz mitgeteilt haben, kam am 9. Juli die Petition des Bad. Lehrervereins vor das Plenum der Ersten Kammer. Indem wir auf den Bericht der Kommission dieser Kammer, welcher Seite 355 356 in Nr. 27 des Vereinsorgans zu finden ist, verweisen, teilen wir nach dem amtlichen Bericht der Karlsruher Zeitung die Reden der drei Mitglieder des hohen Hauses mit, welche zu der Petition gesprochen haben, nämlich des Berichterstatters Freiherrn von La Roche, des Prälaten Ohler und des Ministers Freiherrn von Dusch.

Freiherr von La Roche: Die Verhandlung dieser Petition wurde hinausgeschoben, weil dieselbe ursprünglich mit dem Budget der Volksschulen erledigt werden sollte, dann aber ausgesetzt wurde, weil die Erledigung des Budgets dermaßen drängte, daß im Hinblick auf den sonstigen überreichlichen Stoff von einer Mitverhandlung der Petition abgesehen werden mußte. Da ich lediglich als Berichterstatter der Petitionskommission zu referieren habe, so kommt es mir nicht zu, allgemeine Fragen des Schulwesens, deren Erörterung seinerzeit unterlassen wurde, zu berühren, dies wird vielmehr der Diskussion überlassen bleiben müssen.

In Ihrer Petition unterbreitet die badische Lehrerschaft dem hohen Hause die Bitte:

1. Es wolle eine Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen an Volksschulen in der Weise vorgenommen werden, daß dieselben ohne Mehrbelastung der Gemeinden unter Einreichung in den Gehaltstarif des Beamtengesetzes die nämlichen Gehaltsbezüge erhalten wie diejenigen Beamten, denen sie nach Maßgabe ihrer Vorbildung und der Bedeutung ihrer Tätigkeit für die Allgemeinheit zur Seite zu stellen sind.
2. Es wolle bei Inkrafttreten dieser Regelung jedem Lehrer und jeder Lehrerin der Gehaltsbezug zugebilligt werden, den ein gleichaltiger Beamter derselben Abteilung und Ordnungszahl bereits hat.
3. Es wolle eine Umgestaltung des Lehrerbildungswesens dahin in die Wege geleitet werden, daß die Präparandenschulen aufgehoben werden und der erfolgreiche Besuch von sechs Klassen einer Mittelschule oder das Bestehen einer entsprechenden Prüfung Bedingung zur Aufnahme in das drei Jahreskurse umfassende Seminar ist.

Wegen der umfangreichen Begründung darf wohl auf die Petition selbst Bezug genommen werden. Es haben aber auch über die einzelnen Punkte im anderen hohen Hause so ausführliche Debatten stattgefunden, daß der ganze Tatbestand seiner verschiedenartigen Beleuchtung als bekannt unterstellt werden kann und es sich heute nur darum handelt, zu den einzelnen Punkten der Petition Stellung zu nehmen. Was deren Ziffer 1 anbelangt, so muß nach Ansicht der Kommission anerkannt werden, daß die Gehalte der badischen Volksschullehrer und Lehrerinnen trotz der wiederholten Aufbesserungen der letzten Jahrzehnte einer Erhöhung dringend bedürfen. Ein Anfangsgehalt von 1000 M, im Maximum von 2150 M, ist für die heutigen Verhältnisse entschieden ungenügend. Man hat daher auch in andern deutschen Staaten, insbesondere in Hessen, damit begonnen, die Gehalte der Volksschullehrer wesentlich zu erhöhen. In der unzureichenden Bezahlung ist gewiß ein Hauptgrund für den nicht zu leugnenden Lehrermangel zu finden und es wird diesem Lehrermangel dauernd nur durch Besserstellung der Lehrerschaft begegnet werden können. Bei der Bedeutung der Lehrerschaft muß es als das wünschenswerte Ziel bezeichnet werden, den Zugang so zu steigern, daß eine Auswahl getroffen werden kann. Je geringer das Angebot an Kräften ist, desto mehr ist zu befürchten, daß eine solche Auslese nicht mit der nötigen Strenge zur Durchführung kommt und daß eine Qualitätsverschlechterung unserer Lehrerschaft eintritt. Die Bestrebungen der Lehrer um Gehaltserhöhung erheben sich daher über das egoistische Moment und erhalten eine allgemeine Bedeutung.

In Übereinstimmung mit dem in der hohen Zweiten Kammer hervorgetretenen Ansichten würde ihre Kommission etwa einen Anfangsgehalt von 1500 M und einen Höchstgehalt von 2800 M für Lehrer und etwa 2000 M für Lehrerinnen entsprechend erachten.

Damit würde auch der allzugroß gewordene Unterschied in dem Gehalte der in den Städteordnungsstädten angestellten Lehrer und der übrigen Lehrer einigermaßen ausgeglichen werden; erhalten doch die Lehrer als Höchstgehalt in Mannheim 3700 M und in einer Reihe anderer Städte 3600 M, gegen 2150 M nebst entsprechendem Wohnungsgeld oder freier Wohnung auf dem Lande.

Die Kommission kommt aus diesen Gründen zu dem Antrage, den Wunsch der Lehrerschaft nach Gehaltsaufbesserung der Groß-Regierung empfehlend zu überweisen.

Ob die Lehrer und Lehrerinnen zu diesem Zwecke in den Gehaltstarif des Beamtengesetzes eingereiht werden sollen, muß als eine Frage von eingreifender Bedeutung angesehen werden, deren Folgen sich noch nicht überblicken lassen. Die Lehrer würden damit zu Staatsbeamten werden, während sie doch nach der geschichtlichen Entwicklung Gemeindebeamte sind. Da die Frage, wenn nur den Lehrern auf andere Weise ihre Besserstellung zuteil wird, keine brennende ist, so glaubte die Kommission keine bestimmte Stellung dazu nehmen, vielmehr zunächst die weiteren Erwägungen der Groß-Regierung überlassen zu sollen.

Ob die Einreichung der Lehrerschaft in den Gehaltstarif für die Petenten wirklich von dem erhofften Nutzen wäre, erscheint nicht einmal so absolut sicher, da die Gehaltserhöhung der Lehrer nicht vor dem Jahre 1906 möglich werden wird und bereits für 1908 eine Umgestaltung des jetzt geltenden Gehaltstarifs in Aussicht genommen ist, genau 20 Jahre nach seinem Inkrafttreten. Daß dann die Gehalte der Lehrer schon wieder gesteigert werden würden, selbst wenn das bei den Beamten ihrer Gehaltsklasse der Fall sein würde, ist gewiß ausgeschlossen. Es müßte dann für die Lehrerschaft eine besondere Ziffer unter dem betreffenden Buchstaben des Tarifs geschaffen werden. Tritt aber 1908 eine Abänderung des Gehaltstarifs in Kraft, dann wird es dabei für 20 und mehr Jahre sein Bewenden haben. Bei Aufnahme in den Gehaltstarif würden also die Lehrer bis zur Erlassung nicht des nächsten, sondern des übernächsten Tarifs mit ihrem Gehalte festgelegt sein, während sie in nicht allzuferner Zeit eine nochmalige Steigerung erhoffen. Die Einreichung in den Gehaltstarif im gegenwärtigen Momente erscheint daher als ein zweischneidiges Schwert. Eine Gehaltserhöhung in dem erwähnten Sinne und mit Zulagen nach Analogie von G 5 des Gehaltstarifs würde nach angestellten Berechnungen einen jährlichen Mehraufwand von 1 400 000 M erfordern, eine Summe, die bei der heutigen Finanzlage des Staates allerdings sehr schwerwiegend erscheint. Diesen Mehraufwand völlig auf die Staatskasse zu übernehmen, wird sich nicht rechtfertigen lassen, es werden auch die Gemeinden zur Trägung eines Teiles gezogen werden müssen und zwar in der Weise, daß die in § 52 des Elementarunterrichtsgesetzes festgesetzten Pauschbeträge eine Erhöhung erfahren.

Da für diese erhöhten Pauschbeträge die Bestimmungen der §§ 73 ff. cit. Gesetzes maßgebend bleiben, wonach Gemeinden, welche Umlagen erheben, nur bis zu einem gewissen, je nach der Höhe der Umlage sich verringernenden Maße beizugezogen werden können und bei einer Umlage von mehr wie 60 % beitragsfrei sind, so ist gerade für wirtschaftlich schwache Gemeinden eine drückende Belastung nicht zu befürchten.

Der in Ziffer 2 der Petition zum Ausdruck gebrachte Wunsch, daß die Gehaltserhöhung für die älteren Lehrer und Lehrerinnen insofern mit rückwirkender Kraft eintreten soll, daß die Gehaltsbemessung entsprechend ihrem Alter erfolgt, erscheint, insofern man sich auf den zu Ziffer 1 vertretenen Standpunkt stellt, durchaus gerechtfertigt.

Die Kommission beantragt auch hier empfehlende Überweisung. Wegen der in Ziffer 3 der Petition geäußerten Wünsche wird auf den schriftlichen Bericht Bezug genommen. Nachdem inzwischen das Lehrerbildungsweisen eine Umgestaltung erfahren hat, werden diese Punkte im wesentlichen als erledigt betrachtet werden müssen. Dem speziellen Wunsch, daß der erfolgreiche Besuch von sechs Klassen einer Mittelschule zum Eintritt in die oberen Klassen der Lehrerbildungsanstalten ohne Ablegen einer Aufnahmeprüfung berechtigen soll, würde die Kommission an sich sympathisch gegenüberstehen.

Der Punkt ist nach Ansicht der Kommission nicht wesentlich genug, um zu einer Abänderung der erst vor kurzem erlassenen Schulordnung Veranlassung zu geben, dürfte aber in wohlwollender Erwägung zu ziehen sein, falls aus anderen Gründen eine Änderung der Schulordnung erfolgt.

Es wird unter diesem Gesichtspunkte Ziffer 3 der Petition der Großh. Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, im übrigen aber für erledigt zu erklären sein.

Ihre Petitionskommission kommt demnach zu dem Antrage:

„Hohe Erste Kammer wolle von der Petition des engeren Vorstandes „des Badischen Lehrervereins“ und des Vorstandes des „Vereins Badischer Lehrerinnen“

- der Großh. Regierung empfehlend überweisen Ziffer 1 — soweit damit eine Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen an Volksschulen angestrebt wird — und Ziffer 2;
- der Großh. Regierung zur Kenntnisnahme überweisen: Ziffer 3 — soweit begehrt wird, es solle der erfolgreiche Besuch von sechs Klassen einer Mittelschule zum Eintritt in die oberen Seminar-klassen ohne Aufnahmeprüfung berechtigen —;
- den übrigen Teil von Ziffer 3 für erledigt erklären“.

Prälat Dehler: Es ist mir ein Bedürfnis, bei diesem Anlaß der Freude Ausdruck zu geben, daß die Petition der Lehrer und Lehrerinnen um Gehaltserhöhung in dieser Weise seitens der Kommission behandelt worden ist. Ich bedauere mit Ihnen und gewiß mit der Regierung, daß diese berechtigte Erhöhung nicht schon jetzt verwirklicht werden kann. Der Lehrerstand erfüllt seine hohe und verantwortungsvolle Aufgabe der Jugendheranbildung mit großer Liebe und Treue. Ich kenne auch die Arbeiten des Lehrerstandes auf dem Gebiete des religiösen Unterrichts in der Schule. Ich möchte hier einige Gedanken aussprechen, die ich gerne bei Beratung des Volksschuletats geäußert hätte. Durch mehrjährige Erfahrungen habe ich die Überzeugung gewonnen, daß weitaus die größte Zahl der Lehrer und Lehrerinnen mit Eifer den Anforderungen des Religionsunterrichts gerecht wird. Möchte die Zeit ferne sein, wo der Religionsunterricht von dem übrigen Unterricht losgelöst wird. Dann würden sich die Lehrer eines der besten Mittel begeben, den Schülern Autorität anzuerziehen, denn alle Autorität wurzelt doch zuletzt in der Autorität vor Gott. Es ist vorge schlagen worden, bloßen Moralunterricht einzuführen. Ich bin nicht der Ansicht, daß es nicht eine achtenswerte Sittlichkeit geben könne ohne religiöses inneres Leben; es gibt hochachtbare sittliche Charaktere, die ohne religiöses kirchliches Interesse mit dem ernstesten Pflichtbewußtsein an der Arbeit stehen. Aber der christlichen Sittlichkeit fehlt das tiefste Motiv, wenn die Religiosität von ihr losgelöst wird.

Was das Lehrerbildungsweisen betrifft, so ist das Streben der Lehrer nach Bildung anzuerkennen. Ich würde gerne zustimmen, daß der Besuch einer sechs-klassigen Real- oder sonstigen Mittelschule als Voraussetzung für den Eintritt in die höheren Klassen der Seminare gefordert wird. Aber ich fürchte, daß dann gerade diejenigen Kreise, aus denen sich der Lehrerstand bisher rekrutiert hat, sich aus pekuniären Gründen befinden würden, künftig ihre Söhne dem Lehrerberufe noch zu übergeben. Eine sechs-jährige Ausbildung in einer Mittelschule würde mehr kosten als die Ausbildung in einem Seminar und in den Präparanden-schulen mit den Internaten. Mancher würde nach Zurücklegung der sechs Klassen erst recht einen anderen Beruf ergreifen. Davon befürchte ich eine Vermehrung des Lehrermangels. Durch die neue Verordnung des Oberschulrats ist den Lehrkandidaten ein schönes, hohes Lehrziel gesteckt, es wird viel, besonders in Literatur und Mathematik verlangt. Gewiß muß der Lehrer erheblich mehr wissen, als der, den er zu unterrichten hat, denn nur, wer selbst hochgebildet ist, kann andere heranbilden: aber ebenso wahr ist, daß nur derjenige andere erziehen kann, der selbst recht erzogen ist. Möchte es dem Lehrer auch beim neuen Bildungsgang nicht zu schwer werden, hinunterzusteigen zu dem schlichten Gemüt und Verstand des Volksschülers und ihn heranzuziehen zu dem Ideale christlich sittlichen Lebens und vaterländischen Geistes und Wesens.

Präsident des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Freiherr von Dusch: Ich will dem Beispiel des Herrn Berichterstatter folgend nur die allerwesentlichsten Momente der vorliegenden Petitionen in meinen Ausführungen berühren.

Der Hauptgegenstand der Petition ist die Forderung nach einer Neuregelung der Gehalte der Lehrer. Ich habe im anderen Hohen Hause namens der Regierung erklärt, daß die Regierung die ernste Absicht hat, im nächsten Landtag durch eine Gesetzesvorlage und zwar einen Gesetzentwurf, der noch eine Reihe anderer Fragen des Volksschulwesens neu regeln soll, auch eine erhebliche Erhöhung der Lehrergehälter herbeizuführen. Ob die Erhöhung der Gehalte den Betrag erreichen kann, den der Herr Berichterstatter genannt hat, und der im wesentlichen den Wünschen der Lehrer entspricht, ist zweifelhaft und zwar aus verschiedenen Gründen, einmal weil selbstverständlich bei Beurteilung dieser Frage die Finanzlage ein unter allen Umständen ganz zwingendes Moment bildet, vor allem aber auch deswegen, weil noch vorher zu prüfen und zu entscheiden sein wird, ob und inwieweit die Gemeinden zur Tragung der Mehrbelastung beigezogen werden können. Ich kann nur der Genugtuung der Großh. Regierung Ausdruck geben, daß der Herr Berichterstatter sich dahin ausgesprochen hat, daß auch nach dem Sinne dieses Hohen Hauses die Gemeinden an dieser ganz erheblichen höheren Last sich beteiligen sollen.

Der Herr Berichterstatter hat mit Recht ausgeführt, daß in den geringen Gehaltsverhältnissen der Lehrer ein wesentlicher Grund des Lehrermangels liege. Es kann nun allerdings nicht verkannt werden, daß der Lehrermangel nicht ausschließlich auf diesem Grunde basiert, denn sonst wäre es eine merkwürdige Erscheinung, daß beispielsweise in Hessen, das einen außerordentlich günstigen Gehaltstaxi für die Lehrer hat, auch Lehrermangel besteht. Er besteht aber auch in einer Reihe anderer Staaten, und es müssen eben auch noch weitere Ursachen und Verhältnisse vorliegen, die auf den Lehrermangel Einfluß haben, und die heute zu erörtern kein Grund vorliegt. Die Regierung wird, wie gesagt, bestrebt sein, den Wünschen der Lehrer, soweit tunlich, entgegenzukommen und eine erhebliche Steigerung der jetzigen Gehalte der Lehrer herbeizuführen.

Was die Frage der Einreihung in den Gehaltstaxi anbelangt, so habe ich schon im anderen Hohen Hause erklärt, daß jedenfalls die Regierung sich in dieser Beziehung nicht festlegen kann. Nach den Ausführungen des Herrn Berichterstatters scheint dieser die eigentliche Tendenz der Lehrerpension und die Wünsche der Lehrer nicht vollkommen richtig aufgefaßt zu haben, wenn er glaubt, daß nach der Einreihung in den Gehaltstaxi die Lehrer bei der nächsten Erhöhung des Gehaltstaxi nicht mit berücksichtigt sein wollen. Gerade deswegen wollen die Lehrer jetzt die Aufnahme in den Gehaltstaxi, um bei Erhöhung des gesamten Tarifs von Neuem mitberücksichtigt zu werden. Eine Erhöhung der Gehalte, wie sie den Wünschen der Lehrer entspricht und hier in diesem Hohen Hause Unterstützung gefunden hat, wird nicht bloß, wie im Berichte angeführt ist, 1400000 sondern etwa 1560000 M betragen, und mit der Erhöhung der Pensionen und Ruhegehälter würde sich ein Mehrbetrag von 1892000 M ergeben. Diese Summe zeigt, wie außerordentlich ernst und schwierig diese Frage für die Großh. Regierung bei der jetzigen Finanzlage ist. Was die Bitte anbelangt, daß alle Lehrer und Lehrerinnen alsbald in das sogenannte Tarifoll einrücken sollen, das heißt, daß sie mit Eintritt des neuen Gesetzes alsbald die Beträge erhalten sollen, die sie erhalten würden, wenn das Gesetz schon seit längerer Zeit in Kraft stehen würde, so kann ich nach dem Eindruck, den ich aus dem schriftlichen Bericht gewonnen habe, und nach dem, was der Herr Berichterstatter heute ausgeführt hat, wohl annehmen, daß nur bezüglich der älteren Lehrer eine Unterstützung dieses Punktes eintritt. Es wird auch in dieser Richtung versucht werden, dem Wünsche dieses wie des anderen Hohen Hauses, nämlich die Übergangsbestimmungen möglichst günstig zu gestalten, seitens der Regierung zu entsprechen; allein das kann die Regierung nicht in Aussicht stellen, daß etwa einfach die Lehrer in das Tarifoll einrücken. Das würde vor allem vollständig im Widerspruch stehen mit § 20 der Gehaltsordnung. Ich will mich über die Frage, da sie ja noch nicht akut ist, nicht näher aussprechen.

Was die Frage der Ausbildung der Lehrer anbelangt, so steht die Regierung für absehbare Zeit durch die kürzlich erlassene Verordnung die Frage der Lehrerbildung als geregelt an. Bezüglich der Frage, ob den Schülern der Realklassenschulen nach Zurücklegung von sechs Klassen gestattet werden soll, ohne weitere Prüfung in die vierte Klasse des Lehrerseminars einzutreten, so ist schon im anderen Hohen Hause erklärt worden, daß die Schulverwaltung bereit ist, — und dazu gibt das Ermessen, das ihr nach der neuen Verordnung zusteht, den notwendigen Spielraum — den Versuch zu machen, die Schüler ohne besondere Prüfung ins Lehrerseminar übergehen zu lassen. Der Sinn der vorliegenden Petition ist, wie auch Herr Prälat Dehler hervorgehoben hat, daß die Realschulbildung für die Lehrerbildung obligatorisch gemacht werden soll. Das ist aber ein Wunsch, der nach An-

nicht der Großh. Regierung aus einer Reihe von Gründen undurchführbar ist, schon deshalb, wie ich auch schon im anderen Hohen Hause hervorgehoben habe, weil jetzt nur etwa ein Fünftel der Lehrer sich aus Realschulen rekrutieren, und wir nicht nur die erforderliche Zahl an Lehrern nicht bekommen könnten, sondern wir geradezu die Elemente vollständig ausschließen würden, die meines Erachtens nicht ausgeschlossen werden dürfen. Es ist nicht einzusehen, warum nicht — wie es jetzt auch der Fall ist — auch aus der Volksschule die Männer hervorgehen sollen, die künftig berufen sind, in Volksschulen zu lehren. Ich glaube aber auch in dieser Beziehung mich auf diese wenigen Ausführungen beschränken zu dürfen und kann nur zum Schlusse dem Herrn Prälaten Dehler gegenüber aussprechen, daß die Großh. Regierung ganz auf dem von ihm vertretenen Standpunkt steht, daß der Religionsunterricht nicht nur der Schule erhalten werden soll, sondern daß gerade die Ertelung des Religionsunterrichts durch Lehrer eines der wesentlichsten Momente für die gedeihliche Entwicklung der Volksschule ist. — Herr Prälat Dehler hat mit Recht ausgeführt, daß das Bildungsstreben der Lehrer durchaus anerkanntenswert sei. Die Regierung steht auch diesem Bildungsstreben freundlich gegenüber. Sie wird den Versuch machen, das Universitätsstudium den Lehrern unter gewissen Beschränkungen und Voraussetzungen zu eröffnen. Ich muß aber auch bei diesem Anlaß aussprechen, daß der Gedanke, das Universitätsstudium obligatorisch zu machen, eine Utopie ist, die sich jedenfalls in einer für uns übersehbaren Zeit nicht verwirklicht wird. Herr Prälat Dehler hat mit Recht ausgeführt, daß die Bedingungen, die jetzt schon für die Lehrerbildung aufgestellt sind, und daß der Lehrstoff, wie er in der vorliegenden neuen Verordnung fixiert ist, schon außerordentlich hohe und ideale Ziele steckt, und daß, wenn diese Ziele erreicht werden, man sagen kann, die Lehrer haben eine Ausbildung, die für die Volksschule die richtige ist und die dazu dienen wird, die Volksschule in gedeihlichster Weise zu entwickeln.

Der Antrag der Budgetkommission wird hierauf einstimmig angenommen.

Mit Genugtuung verzeichnen wir die einstimmige Annahme der Beschlüsse der Kommission; wir zweifeln nicht daran, daß im Verein mit den Verhandlungen der II. Kammer und deren Beschlüssen die Großh. Regierung sich dieselben zur Direktive machen wird, wenn sie dem kommenden Landtage einen Gesetzentwurf über unsere gehaltliche Befestigung vorlegen wird.

Die Volksschuldebatte in der II. Kammer des badischen Landtags

am Donnerstag, den 16. Juni, 5—8 Uhr.

(3. Sitzung; 102. Sitzung der Kammer.)

Fortsetzung.

Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Frhr. v. Dusch: In der Rede des Herrn Abg. Frähauf ist das Wort Realpolitik sehr oft gebraucht worden. Ob der Inhalt der Rede ihn dazu berechtigte, sie als eine realpolitische zu bezeichnen, darf ich dem Urteil des Hohen Hauses überlassen. Ich darf es auch diesem Urteil überlassen, ob es bei der jetzigen Geschäftslage des Hauses angezeigt ist, Reden von dieser Länge zu halten. Ich habe selbstverständlich dem Herrn Abg. Frähauf keine Vorschriften zu machen, er wird uns vielleicht noch einmal mit einer solchen Rede erfreuen, immerhin aber halte ich es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen, daß wir zu einem Ende kommen müssen, und zwar gerade auch im Interesse der Schule selbst. Es liegt dem Hause ein Gesetzentwurf vor, der eine Beziehung hat auf das, was der Herr Abg. Frähauf vom Mangel der Ausbildung der gewerblichen Arbeiter gesagt hat. Wenn dieser Entwurf und eine Reihe anderer überhaupt noch erledigt werden sollen, so ist dies bei der Geschäftsbehandlung, wie sie in den langen Debatten zum Ausdruck kommt, einfach unmöglich. Ich habe meine Pflicht getan, zu warnen.

Der Herr Abg. Frähauf hat mit einer besonderen Vorliebe sich wieder an meine Person gewendet und insbesondere versucht, eine Redewendung, die ihm gestern entklüppelt ist, und die nach Ansicht des Hohen Hauses gewiß keine glückliche war, wieder zu reaktifizieren. Er ist wieder auf die Redensart: „Ideale des Herrn Ministers“ zurückgekommen, die er gebraucht hat, als der Herr Abg. Jhrig von der unglücklichen Lage zweier Lehrerwitwen sprach. Ich glaube, er hätte besser getan, auf diese Bemerkung nicht wieder zurückzukommen, vor allem nicht heute noch eine neue Beleidigung hinzuzufügen, indem er sagte, derartige Zustände hätten den Herrn Minister zwei Jahre lang schlafen lassen. Ich lasse mich auf eine derartige Polemik nicht ein, es ist das Geschmacksache. Ich werde auch in Zukunft den Grundsatz verfolgen, auf derartige Redewendungen des Herrn Abg. Frähauf, zu deren Charakterisierung mir ein parlamentarischer Ausdruck nicht zu Gebote steht, überhaupt nicht mehr einzugehen. Dabei hat der Herr Frähauf selbst noch Klage darüber geführt, daß andere Leute so em-

pfindlich und so leicht beleidigt seien, und er hat gleich hinzugefügt, ich hätte ihn in einer Weise bloß gestellt, die etwas Beleidigendes für ihn gehabt habe, da ich in meiner gestrigen Rede zu Beginn derselben darauf hingewiesen hätte, daß er sich nicht im Hause befände. Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß weder nach dem Zusammenhang, noch nach dem Wortlaut meiner Rede irgend ein Anlaß für ihn vorlag, darin etwas Beleidigendes für sich zu sehen. Ich habe gestern lediglich im Interesse der Geschäftslage des Hauses gesagt, daß ich jetzt schon das Wort ergreife, obwohl der Herr Abg. Frähauf noch nicht anwesend sei, und ohne die Begründung seines Antrags gehört zu haben, weil sonst das Material zur Beantwortung all zu sehr sich anhäufen würde. (Redner verliest das Stenogramm seiner Rede.) Daß Heiterkeit im Hause entstanden ist, deshalb, weil der Herr Abg. Frähauf in der Kommissionsitzung bei der Entscheidung gefehlt hat und auch gestern zu Beginn der Verhandlung nicht anwesend war, das habe ich nicht zu verantworten.

Um auf die Sache selbst zu kommen, so ist es ein Ding der Unmöglichkeit, bei der vorgerückten Stunde und bei der offensichtlichen Ermattung des Hauses gleichermaßen wie der Herr Abg. Frähauf ihm zu erwidern. Ich glaube auch, daß die langen Ausführungen des Herrn Abg. Frähauf keinen Einfluß auf die Entscheidung des Hohen Hauses mehr haben werden, daß diese vielmehr bereits feststeht. Wenn Herr Frähauf und andere Mitglieder des Hauses die Absicht gehabt haben, längere Ausführungen nicht nur für das Haus, sondern auch nach außen für das Land zu machen, so ist das ihr Recht; ebenso aber ist es das Recht der Regierung, ihre Antwort auf das Nötige zu beschränken. Ich will diesen Grundsatz verfolgen und vor allem nicht meine Person in den Vordergrund stellen wie der Herr Abg. Frähauf, der nach seiner Rede den Eindruck gemacht hat, als sei er der Erfinder der Schulreform. Ich mache durchaus nicht den Anspruch wie Herr Frähauf, daß jeder Gedanke, den ich ausspreche, gewissermaßen eine Offenbarung sei; ich tue lediglich meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen. Ich kenne die Mängel des Volksschulwesens, und ich bin bestrebt, soweit es in meinen Kräften steht, ihnen abzuhelfen. Ich bin aber nicht in der Lage, nun auf einmal alle Mängel zu beseitigen.

Der Herr Abg. Frähauf hat in erster Reihe den Lehrermangel zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung gemacht und zurückgegriffen auf eine Verhandlung des Landtags vom Dezember 1901, und die Sache so dargestellt, als hätte ich jetzt wegen der nach Meinung des Herrn Frähauf damals erlittenen Niederlage wohlweislich gegenüber dem Herrn Abg. Jhrig geschwiegen. Der Herr Abg. Frähauf hat den Grund nicht richtig erkannt. Es ist bezüglich des Lehrermangels von anderer Seite bereits geantwortet worden, und es ist für den Minister unmöglich, auf alles zu antworten, was in der Verhandlung zur Sprache kommt. Ich möchte auch jetzt hervorheben, daß, wenn ich nur auf einzelne Punkte eingehe, darin nicht eine geringe Schätzung der Ausführungen liegt, die unbesprochen bleiben. Ebenso ist es mir völlig unmöglich, auf alle Einzelheiten einzugehen, welche der Herr Abg. Frähauf aus seinen Zeitungsausschnitten über Fälle der Überlastung von Lehrern vorgetragen hat. Ich darf nur auf das hinweisen, was der Herr Geh. Hofrat Beygoldt ausgeführt hat. Ein Lehrermangel — die Zustände wechseln in dieser Beziehung — war im Dezember 1901 nach den damals mir gewordenen Informationen nicht vorhanden. Ein solcher Mangel liegt aber heute vor, und es war deshalb gar nicht nötig, daß der Herr Abg. Frähauf mit großer Emphase betont hat, er werde jetzt die Regierung zum Geständnis des Lehrermangels zwingen. Der Lehrermangel besteht nicht nur in Baden, er ist auch in anderen Staaten vorhanden. — Ich will nur auf eine konkrete Tatsache, die die Ursache des Lehrermangels beleuchtet, hinweisen. Allein für Mannheim mußten bei der Eingemeindung angrenzender Gemeinden im vorigen Jahr für die erweiterten Volksschulen rund ein halbes Hundert Lehrer beschafft werden. Ich glaube, selbst die weitestgehende Behörde hätte nicht dafür sorgen können, daß für solche Fälle das erforderliche Personal alsbald zur Stelle ist, und gerade dieser Fall ist geeignet, zu zeigen, daß Notstände eintreten können, für welche die Regierung nicht verantwortlich gemacht werden kann. Der Herr Abg. Frähauf ist sodann auf eine Versammlung in Wiesloch eingegangen, in welcher die Verstaatlichung der Volksschule verlangt wurde. Der Herr Abg. Frähauf hat dabei die merkwürdige Behauptung aufgestellt, daß die Städte in der Frage der Verstaatlichung der Schulen schon ganz einig seien. Das ist aber nicht richtig. Ich glaube aber, und darin bin ich wohl mehr Realpolitiker als der Herr Abg. Frähauf, eine Verstaatlichung der Volksschule, die dem Staate, wie ich gestern ausgeführt habe, eine Mehrbelastung von 8,5 Millionen bringen würde, kann der Staat einfach nicht annehmen. Man sollte sich nicht mit solchen Projekten befassen, sondern sich an das Erreichbare halten.

Herr Abg. Frähauf hat des weiteren bemerkt, daß die gewerblichen Arbeiter in Baden nicht die erforderliche Schulbildung besäßen, und daß hierin die Württemberger die badischen Landesländer überträfen. Das sind allgemeine Urteile, die ohne nähere Substanziierung für mich gar keine Bedeutung haben. Außerdem wären aber derartige Zustände, wenn sie in Wahrheit beständen, nicht

sehr schmeichelhaft für unsere Lehrer, deren Leistungen vielmehr alle Achtung verdienen.

Wenn Herr Abg. Frähauf mit Redensarten kommt, wie „die Regierung habe überhaupt nichts für die Volksschule getan“, was soll ich dem gegenüber erwidern? Soll ich ihm die ganze Geschichte der Volksschule in den letzten 50 Jahren vortragen? Auch seit ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, ist bereits ein Gesetz verabschiedet worden, das nach der idealen und nach der materiellen Seite eine Besserstellung für die Lehrer gebracht hat. Auch seitdem ist die Regierung nicht müßig gewesen, und wenn sich auch unsere Arbeiten jetzt noch nicht zu einem Gesetzentwurf gestaltet haben, so sind wir doch bestrebt, dieselben möglichst zu fördern, und ich kann erklären, daß wir im nächsten Landtage einen den Kommissionsvorschlägen in vielem, wenn auch nicht in allem entsprechenden Gesetzentwurf Ihnen vorlegen werden.

Der Herr Abg. Frähauf hat sich als Freund der Einheitschule bekannt. Nach Ansicht der Abg. Eichhorn, der die gleiche Tendenz vertritt, besteht, wie ich ihn verstanden habe, die Einheitschule darin, daß die Kinder überhaupt in keine andere Schule gehen dürfen. Ich habe einen anderen Begriff von der persönlichen Freiheit; meines Erachtens würde das Recht, sein Kind in eine andere Schule zu schicken, auch wenn die Einheitschule durchgeführt wäre, keinem genommen werden dürfen.

Unrichtig ist es, wenn mir der Herr Abg. Frähauf insinuiert hat, daß ich die Einreihung der Lehrer unter G 5 als ein „unreichbares Ideal“ gekennzeichnet habe. Ich habe nur gesagt, daß sich die Regierung in dieser Frage noch nicht schlüssig gemacht habe, und daß wir bindende Versprechungen noch nicht geben könnten. Insbesondere können wir nicht versprechen, daß der Höchstgehalt der Lehrer nicht unter dem in G 5 bezeichneten Maße zu bleiben habe.

Ich glaube, aus den Ausführungen der Herren Abgg. Frähauf und Eichhorn, wie die großen Kosten, welche die Durchführung ihrer Ideen verursachen würden, zu decken seien, hat niemand ein greifbares Resultat herausfinden können. Über die diesbezüglichen Vorschläge will ich weiter keine Worte verlieren und dem Herrn Abg. Frähauf nicht auf das Gebiet der Eisenbahnpolitik und der Staatsanleihen folgen.

Die Regierung muß sich an das Erreichbare halten, hat aber die feste Absicht, innerhalb dieser Grenzen für eine Besserstellung der Lehrer und eine Reform des Unterrichts ihr Möglichstes zu tun. — Ich hätte noch viel zu erörtern, allein ich glaube, das Haus wird mir Dank wissen, wenn ich schließe; es wird mir doch nicht gelingen, Herrn Abg. Frähauf zu überzeugen, so wenig es ihm gelungen ist, mich und die Mehrzahl dieses Hauses zu seinen Ansichten zu bekehren.

Bezüglich der vom Herrn Abg. Frähauf angeführten Statistik möchte ich nur bemerken, daß das Mißtrauen, welches der Herr Abg. Frähauf selbst in sie zu setzen scheint, mir sehr berechtigt scheint. Der beste Beweis dafür ist mir die Tatsache, daß die Ausgaben des badischen Staats für das Schulwesen darin auf 1,9 Millionen Mark angegeben werden, während sie sich in Wahrheit auf rund 3,5 Millionen belaufen.

Um allen Irrtümern vorzubeugen, erkläre ich hier nochmals ausdrücklich im Namen des Staatsministeriums, daß die Anträge Herrn Frähaufs für die Regierung nicht annehmbar sind, schon deshalb, weil die Übernahme der Kosten von nahezu 2 Millionen auf den Staat einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Sie dürfen aber überzeugt sein, daß die Regierung alsbald nach Schluß des Landtags ans Werk gehen wird, und wenn ich im nächsten Jahre noch an dieser Stelle zu stehen die Ehre habe, so hoffe ich, Ihnen einen Gesetzentwurf vorlegen zu können, der geeignet ist, alle berechtigten Wünsche zu befriedigen.

Schluß der Sitzung gegen 8 Uhr abends.

4. Sitzung (108. Sitzung der Kammer, Freitag, 17. Juni, 9^{1/4}—1³ Uhr.

Vor Eintritt in die Verhandlung teilte der Präsident mit, daß ein neuer Antrag eingekommen sei; derselbe lautete:

Hohe Zweite Kammer wolle beschließen:

Die Kommissionsanträge wie folgt abzuändern:

1. Unter 1 Ziffer 1 erhalten die Absätze a und b sowie der Schlusssatz folgende Fassung:

a. an den Volksschulen so viele Lehrer anzustellen sind, daß auf einen dauernd nicht mehr als 60 Schulkinder kommen,
b. die Höchstzahl der einem Lehrer ausnahmsweise auf unbestimmte Zeit zu überlassenden Schüler auf 90 festgesetzt wird, und zwar unter Übernahme der Mehrkosten auf den Staat.

2. Zu 1 Ziffer 2 die Worte „ganz oder teilweise“ hinter Mehraufwendungen zu streichen.

3. Absatz II folgende Fassung zu geben:

Die Groß-Regierung zu ersuchen, sofort den Bau eines weiteren Seminars in Angriff zu nehmen und die Mittel eventuell im Wege des Administrativkredits flüssig zu machen; jedenfalls aber in das nächste Staatsbudget ausreichende Mittel für Erbauung neuer Lehrerbildungsanstalten einzustellen.

Eichhorn, Lehmann, Süßkind, Horst.

Dieser Antrag wurde am Schluß der Debatte abgelehnt gegen 14 Stimmen.

Als erster Redner sprach an diesem Tage Abg. Dr. Goldschmit, welcher nach dem Bericht der Karlsruher Zeitung etwa folgendes sagte:

Abg. Dr. Goldschmit (nat-lib): Sehr geehrte Herren! Bei Beginn der Schuldebatte hatte ich die Absicht, mich über einzelne Punkte des Gegenstandes ausführlich zu verbreiten. In Anbetracht der Verhältnisse aber und in Erinnerung dessen, daß das Hohe Haus schon sehr viel über diese Frage nun gehört hat, und vielleicht noch hören wird, werden Sie nicht ungehalten sein, wenn ich in aller Kürze nur das herausgreife, was mir als das wichtigste erscheint, und mich darauf beschränke, was in den letzten Tagen Gegenstand der Erörterung gewesen ist.

Man hat da die Frage gestreift, wer ein Freund der Volksschule sei. M. S., man könnte ebenjogut die Gegenfrage stellen, wer kein Freund der Volksschule sei. Es müßte aber nicht bloß ein Abgeordneter eigentümlicher Art sein, sondern überhaupt ein Kind der modernen Zeit von ganz besonderer Veranlagung, der nicht der Aufgabe der Volksschule, die zu den wichtigsten Kulturaufgaben gehört, seine besondere Aufmerksamkeit schenkte, also nicht ein besonderer Freund der Volksschule wäre. Daß man aber über die Mittel und Wege verschiedener Meinung sein kann, ist selbstverständlich bei diesen Dingen, wie bei jeder andern Frage. Es ist aber, glaube ich, kein Schaden, sondern es ist dies ganz notwendig; denn sonst wäre ja kein Fortschritt in dieser Frage zu erreichen. Ich meine, man sollte wenigstens drei Fragen, ob Freund oder Feind der Volksschule, aus unseren Erörterungen ausscheiden. Ich kann freilich keine große Hoffnung hegen, daß das auch wirklich geschehen wird, denn wir sehen ja nicht bloß in dieser Frage, sondern überhaupt im öffentlichen Leben der letzten Jahrzehnte in Deutschland, daß die gedankenlose Phrasenhaftigkeit oder, man kann es auch umkehren, die phrasenhafte Gedankenlosigkeit eine große Herrschaft erlangt hat. Wir haben früher mit gewisser Berechtigung auf unsere Nachbarnation herabgesehen, wo die Phrase im politischen Leben einen so starken Einfluß hatte. Ich muß aber leider bekennen, daß wir in dieser Beziehung von Frankreich wunderbar viel gelernt haben.

Es war begreiflich, meine Herren, daß bei den Vorgängen, die sich in den letzten Wochen im größten Bundesstaat abgepielt haben, auch die Frage der Simultanschule in die Debatte wieder hereingezogen wurde. Vielleicht entsinnen sich die Herren, die bei der Debatte vor zwei Jahren anwesend waren, daß ich es geweien bin, der damals eigentlich nur gelegentlich gesagt habe, daß wir auf dieser Seite des Hauses an der konfessionell gemischten Schule festhalten werden. In meiner großen Überraschung hat damals meine gelegentliche Bemerkung eine größere Debatte hervorgerufen. Ich bin sogar getadelt worden, daß ich diese Frage hereingeworfen habe. Sie sehen nun aus den letzten Worten, welche Bedeutung diese Frage unter den verschiedenen Parteien und unter den Fachleuten erlernt hat. Unsere Stellung ist auch diesmal wieder von dem Herrn Abg. Widens dargelegt worden. Ich brauche darauf nicht zurückzukommen. Es ist aber sehr erfreulich, ich darf das offen sagen, daß auch frühere Gegner derselben, deren Gegnerschaft ich aus historischen Gründen wohl begreife, sich jetzt mit der Tatsache abgefunden haben, wie vor einigen Wochen der Herr Abg. Zehner und auch vorgestern der Herr Abg. Fehrenbach ausgeführt haben.

Über den preussischen Schulstreit darf ich ja hier nicht reden, ich will auch nicht davon reden; nur zwei kurze Bemerkungen will ich daran knüpfen. Der große Lärm, um kein anderes, unparlamentarisches Wort zu gebrauchen, der sich daran geknüpft hat an die Stellung, die die nationalliberale Partei in Preußen zu der Schulfrage genommen hat, der ist fast unbegreiflich, wenn man nicht wüßte, daß der Lärm die Stärke des Lärmes bei dieser, wie bei manchen anderen Fragen, im umgekehrten Verhältnis steht zu der Sachkenntnis. Es hat sich denn doch herausgestellt, daß da sehr viele weder die gesetzlichen Voraussetzungen in Preußen kennen — man kann sagen, daß sie einfach eigentlich Baden mit Preußen verwechseln — noch die tatsächlichen Verhältnisse zu beurteilen vermögen, die allgemeine politische Lage, die hier in dieser Sache eingewirkt hat. Ich brauche darüber nicht deutlicher zu sein. Dann muß ich aber offen bekennen, daß der aus den Reihen der nationalliberalen Partei hervorgegangene Antrag teilweise auf dem Parteitag eine Begründung bekommen hat — über den Antrag selbst an sich spreche ich nicht in Anbetracht der Verhältnisse —, die ich nicht billigen kann. Ich glaube, der Parteitag war in Kreuznach; denn, wenn das richtig wäre, was dort vorgetragen wurde, so müßten nicht nur die Volksschulen, sondern auch die Mittelschulen und die Hochschulen konfessionell geschieden werden. (Widerspruch Vortisch.) Der Lärm, Herr Vortisch, ist schon vorher eingetreten. Es hat sich gezeigt, daß nicht bloß Liberale, und das war sehr erfreulich, sondern auch links von uns Stehende nicht ausnahmslos Freunde der konfessionell gemischten Schule sind. (Zuruf Heimbürger: Das ist nicht wahr!)

Ich weiß, was nachgewiesen ist, Herr Abgeordneter, ich will es den Herren sagen; es handelt sich jetzt nicht bloß um einen Scherz oder eine Ironie, sondern um eine Äußerung des Abg. Schmidt von Maul-

bromm — ich glaube, das ist der Name gewesen — und es müßten die württembergischen Zeitungen, die das brachten, schlecht unterrichtet gewesen sein; auch noch zwei andere württembergische Abgeordnete stimmten nach den Mitteilungen damit überein. Ich glaube, es war auch einer der Herren Haufmann dabei, die hier eine andere Stellung eingenommen haben. Ich habe die Erörterungen über die drei Abgeordneten in Württemberg, die durch die Presse gegangen sind, wenigstens bei einem der Herren, hinnehmen wollen als Ironie, bei den anderen aber habe ich es für richtig gehalten. Nun, soviel hierüber.

Vor zwei Jahren ist auch über die Zahl der einem Lehrer überlassenen Kinder verhandelt worden, und es ist darauf, was hier notwendig ist, gerade von mir hingewiesen worden. Es ist damals die Zahl von 80 Schülern als das Ziel hingestellt worden, und ich bin erfreut, daß wir normal auf 70 heruntergehen können und daß nur ausnahmsweise hundert Schüler einem Lehrer überlassen werden sollen. Ich will hoffen, daß auch diese Ausnahme nur selten eintreten wird. Es sind das aber auch immer noch sehr viele, aber in S., wir müssen uns auf diesem Gebiete mit dem Erreichbaren begnügen, und wenn gestern der Herr Abg. Frühauß gemeint hat, es ließe sich dies nicht durchführen, wie er ausführte, so ist mir das eigentlich nicht recht begründlich. Es ist nicht bloß im Berichte darauf hingewiesen worden, ich erinnere die Kommissionsmitglieder, es ist von dem sachverständigsten Mitglied, das wir haben, ausdrücklich dem Herrn Abg. Frühauß gesagt worden, daß man doch glauben sollte, daß man mit 70 Schülern alles das durchführen kann, was von uns beabsichtigt worden ist.

Mit dem Lehrplan für die Lehrerbildung, glaube ich, da kann man im allgemeinen durchaus zufrieden sein. Aufgefallen ist mir, das will ich doch sagen, daß die Zahl der deutschen Stunden von 31 auf 28 herabgesetzt wurde. Es ist ja freilich dabei zu beachten, daß es sich jetzt um sechs Jahreskurse gegenüber früheren fünf Jahreskursen handelt, aber immerhin wollte ich darauf aufmerksam machen. Sehr erheblich ist es nicht, aber wenn man die Verbesserung der Vorbildung im Auge hat, so muß das auffallen. Dagegen hat, was ich anerkenne, die Zahl der französischen Stunden eine ganz erhebliche Vermehrung erlangt. Man könnte die Frage aufwerfen, ob nicht anstelle des Französischen als Fremdsprache das Englische treten sollte, und es wurde gemeint deshalb, weil überall da, wo etwas zu holen ist, englisch gesprochen wird. Ich will auf die Frage nicht näher eingehen, ob das richtig ist, namentlich, ob die Engländer andere Leute noch so viel holen lassen.

Wir wollen unsere Lehrer im Lande behalten und nicht fort-schicken. Es handelt sich auch hier um die Lehrerbildung und nicht nur um die anderer Leute. Ich meine, es hat aber auch noch einen andern Grund, weshalb man die Frage aufwerfen könnte, denn das Englische steht keinem ganzen Sprachbau nach als germanische Sprache dem Deutschen sehr viel näher. Ich gebe aber sehr gerne zu, daß auch an den Seminarien aus praktischen Gründen das Französische als für uns doch noch näherliegende Fremdsprache vorzuziehen ist und einmal auch deswegen, weil, wie ich glaube, und so weit ich unterrichtet bin, sagen zu können, die grammatikalische Schulung besser an der französischen Grammatik als an der englischen Grammatik zu erzielen ist. Aufgefallen ist mir auch, daß die Zahl der Geographiestunden von neun auf sieben herabgesetzt wurde. Es müßten natürlich einige Stunden herabgesetzt werden, um Raum und Zeit für andere zu erlangen. Es ist dafür die Geschichte von zehn auf zwölf Stunden erhöht. Es läßt sich die politische Geographie sehr gut mit der Geschichte verbinden und so wird sich die Sache wohl ganz gut ausgleichen lassen. Ich habe ebenfalls vor zwei Jahren darauf hingewiesen, daß auch in der Volksschule wenigstens in bescheidenem Maße etwas auf Hygiene aufmerksam gemacht werden soll, und die Voraussetzung hierfür ist, daß die Lehrer selbst etwas davon lernen. Man kann daher umso erfreuter sein, daß nun Gesundheitslehre, wie es im Lehrplan heißt, darin eingesetzt worden ist.

Nun meine Herren, ist die Frage aufgestellt worden und vielfach erörtert in der Kommission, wie in diesem Hohen Hause, ob die richtige Vorbildung in einem sechs-klassigen Seminar oder in einer Mittelschule zu erzielen sei. Auf die prinzipielle Frage will ich gar nicht eingehen, obwohl wie Sie gehört haben, von mehreren Seiten, wo man es nicht erwartet hätte, die prinzipielle Frage geltend gemacht worden ist, so daß die Seminarien nur noch als Fachschulen bestimmt sind. Für mich und die große Mehrheit der Kommission, glaube ich, war entscheidend dabei, und das ist ja auch schon gesagt worden, daß wir dem Lehrermangel erheblich steuern würden, wenn wir die Seminarien jetzt plötzlich oder in rascher Zeit beseitigen und nur die Vorbildung der Realschulen verlangen würden. Es ist ja möglich, meine Herren, — lassen wir doch der Entwicklung Zeit, — daß schließlich diese Art der Vorbildung erreicht werden wird, und es ist ja auch jetzt schon, damit sage ich Ihnen nichts Neues, die Möglichkeit weit eröffnet, daß von der Mittelschule aus erst in die drei oberen Klassen die Lehramtskandidaten eintreten können. Es ist nicht ganz unbedenklich, nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil der Lehrplan doch sehr verschieden ist, und wenn gestern umgekehrt der Herr Abg. Frühauß verlangt hat, es müßte nun auch denjenigen Leuten, die auf dem Seminar gewesen sind und bei denen sie selber oder andere entdeckt haben, daß sie sich für den Lehrer-

beruf nicht eignen, nun wieder der Übergang zur Mittelschule erleichtert werden möge ohne Prüfung, so müßte ich sagen, das ist gar nicht durchführbar; denn es ist ein ganz anderer Lehrplan bei den Realschulen; denn diese haben drei Jahre englischen Unterricht, sie haben weiten Raum für das Französische, es wird auch für Mathematik nicht viel getan, kurz es ist nicht möglich, ohne Prüfung solche aufzunehmen.

Wenn man von dem Lehrermangel gesprochen hat, so darf ich noch einfügen, es ist ja gestern von sachverständiger Seite gesagt worden, daß das auf- und abgeht und daß man nicht gleich, wenn eine Anzahl Mißverhältnisse sich zeigen, von Lehrermangel sprechen sollte. Aber, meine Herren, wir dürfen doch daran erinnern, daß wir drei Anstalten zur Vorbildung für Lehrerinnen im Lande haben und daß von einer Anstalt, so weit ich unterrichtet bin, die auch ziemlich bedeutende Staatszuschüsse erhält, so gut wie gar niemand in den Dienst als Volksschullehrerin eintritt, sondern daß eine Anzahl Damen dabei sind, und es sind dabei, wie gesagt wurde, solche, die sehr bedeutende Stipendien vom Staat erhalten haben, vielmehr als die Lehramtskandidaten bezogen haben, die es doch vorziehen, lieber ins Ausland zu gehen — es ist das ein besonderer Geschmack — um Gouvernante zu werden, als ihre Dienste dem Staate zu widmen. Würde das der Fall sein — ich will es nur auch gleich sagen — es ist das die hier bestehende Anstalt, das Prinzess-Wilhelmstift — würde das der Fall sein, daß eine bedeutende Zahl von Lehrerinnen, die dort zu haben waren, nicht mehr ins Ausland gingen, sondern im Lande im badischen Schuldienst bleiben, so wäre dem von manchen Seiten beklagten Lehrermangel vollständig abgeholfen. Ich weiß aber nicht, ob das richtig ist. Eines aber, meine Herren, was mir noch bei der Frage: ob Seminarvorbildung oder Realschulen selbst aufgefallen ist, ist das, daß man mich — und es ist das schon öfters geschehen, das macht aber nichts, — als einen Reaktionsär hinterstellt. Der Herr Kollege Fehrenbach darf das nicht für sich allein und seine Partei in Anspruch nehmen. (Fehrenbach: Ich treue mich dieser Kameradschaft!) Es sind noch mehr da.

Ich wollte namentlich sagen: wenn hinter der Forderung der Realschule als Vorbildung für die Lehrer lauern sollte die neunklassige Realschule, und dann etwa die allgemeine Vorbildung auf der Universität, dann würde ich unbedingt „nein“ sagen. Dafür bin ich entschieden nicht zu haben. (Beifall im Zentrum.) (Zuruf Jhrig: Das geschieht Ihnen recht!) Ich habe schon neulich auf einen andern Zuruf des Herrn Kollegen Muser gesagt, es stört mich gar nicht, wenn von jener Seite eine Zustimmung erfolgt, ich habe schon damals gesagt, darüber müssen Fachleute entscheiden, übrigens kann ich dem Herrn Abg. Jhrig nur sagen, ich weiß es von ihm persönlich und von seiner Partei, man ist nicht immer so abweisend gewesen, wenn ein Beifall von drüben erfolgt ist. (Weiterkeit.)

Nun, meine Herren, wollen wir uns ja die Zeit über solche Dinge nicht vergeuden. Für die Weiterbildung der Lehrer, die dazu befähigt sind, darüber herrscht gar keine Meinungsverschiedenheit in diesem Hohen Hause, dafür werden wir auch eintreten, aber die Vorbildung auf der Universität zu verlangen, da werde ich wenigstens, wenn ich von mir reden darf, und das wird vielleicht auch für das Hohen Haus zu sagen sein, nicht zu haben sein. Meine Herren, dagegen spricht nicht bloß die historische Entwicklung, auch nicht einmal — obwohl das schwer ins Gewicht fällt — die finanziellen Bedenken sprechen dagegen, sondern es ist überhaupt kein Bedürfnis dazu da, denn die Vorbildung bei allen Beamten ist doch nicht Selbstzweck, sondern die Vorbildung soll sich richten nach dem, was der Beamte später zu leisten hat, und da muß ich denn doch auch sagen: was hat denn die große Zahl von Elementarschülern für ein Bedürfnis? Das, in den Elementarkenntnissen tüchtig unterrichtet zu werden. Ich wage es sogar auszusprechen, neben ein paar anderen Dingen: Tüchtig lesen, schreiben, und rechnen zu lernen. (Bravo im Zentrum.) Das ist vor allen Dingen das Bedürfnis, und wir wollen doch überall im Volke herum fragen, ob denn ein sehr viel weitergehendes Bedürfnis — ich möchte das „sehr viel“ betonen — besteht. Und dazu braucht man kein Universitätsstudium. Ich glaube aber das, was ich angedeutet habe, soll man gründlich lehren, und ich glaube, hier wird die Regierung und Volksvertretung hinarbeiten müssen, um hier eine größere Vertiefung, nicht Verbreitung herbeizuführen. Es ist ja richtig, was der Herr Abg. Frühauß gesagt hat, daß einmal hier im Bürgerausschuß auf die bessere Vorbildung der Werkmeister hingewiesen wurde, soviel ich mich erinnere, ist aber nur von einem Handwerksmann gesprochen worden. Es ist schon gestern gesagt worden, meine Herren, vom Regierungstisch, es müßten sich die Lehrer im Lande dafür bedanken, wenn man ihnen im allgemeinen vorhält, daß sie mindere Leistungen aufzuweisen hätten, als die und die Nachbarländer, oder in anderen Bundesstaaten. Was aber auf so eine einzelne Äußerung zu geben ist, wenn man sie verallgemeinert, das brauche ich nicht auseinanderzusetzen. Ich könnte auch das Gegenteil anführen.

Am Tag vor Beginn des Landtags sind vier Persönlichkeiten bei uns gewesen, bei dem Herrn Kollegen Binz und mir. Leute, die in ganz niedriger Stellung sind. Nicht einmal Staatsbeamte. Diese haben uns ihre Wünsche vorgetragen, und der eine der Wortführer, ein ganz

einfacher Mann, schon in älteren Jahren, der zweifellos nur eine ganz einfache Volksschule besucht hat, der hat in mehr als einstündiger Rede so sachgemäß und so eindringlich seine Wünsche vorgetragen, daß wir beide der Meinung waren: da ist doch wirklich einmal ein tüchtiger Mann aus dem Volke uns entgegengetreten; und der Herr Abg. Binz hat mich damals noch aufmerksam gemacht: man sieht doch, daß unsere Volksschule auch etwas leisten kann. (Zuruf des Abg. Frühau: Eine Schwalbe bringt keinen Sommer!) So wenig als die Schwalben des Herrn Abg. Frühau von der entgegengesetzten Seite den Sommer gemacht haben. (Heiterkeit.) Jedenfalls, wenn man es hörte und es verallgemeinern wollte, meine Herren, — ich tue es nicht, — so würde man geradezu sagen können: die oratorischen Leistungen, die unsere Volksschulen erzielen, sind ganz außerordentlich. (Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Nun, m. H., man hat weiter darauf hingewiesen, daß ja auch in dem einfachsten Dorf ein akademisch Gebildeter sei, der Geistliche. Ja, m. H., dieser Vergleich trifft nicht zu. Der Geistliche hat es mit Erwachsenen zu tun und vielfach mit Leuten, die recht gebildet sind. Der Lehrer aber hat es mit dem heranwachsenden Geschlecht zu tun, dem er erst die Anfänge der Bildung beibringen soll.

Nun ist weiter gesprochen worden, m. H., von den Internaten. Auch da sind die Forderungen, glaube ich, und die Schilderungen der Mißstände sehr übertrieben worden. Auch darauf will ich hier prinzipiell nicht eingehen. Die Einrichtung erscheint mir nur praktisch, m. H., denn sie ist sehr viel billiger, und ich glaube auch nicht, daß es so vollständig zutrifft, daß die jungen Leute, die aus dem Internate heraustraten, sich nun gar nicht mehr in der Öffentlichkeit zu bewegen wissen. Einige Herren scheinen sich mir auch darin widersprochen zu haben. Einer sagt: wenn er in einer großen Stadt, in Mannheim ist, dann weiß er sich nicht zu bewegen. Die Gefahr halte ich für gar nicht groß. Dort sind so viele ältere Kollegen, an die soll er sich anschließen, und es ist sehr gut, wenn die jungen Leute dabei noch etwas lernen. Das trifft nicht bloß die Lehrer, sondern alle jungen Leute. Ein anderer hat wieder gesagt, auf dem Lande sei es schlimm. Ich kann das, wie gesagt, nicht für so schwierig erachten. Es findet ja gar kein Zwang statt, m. H., noch viel weniger, als früher der Fall war. Und auf eines möchte ich doch hinweisen, wenn wirklich, was ich nicht wünsche, der Staat dazu überginge, die Internate, die billiger sind und die den Eltern die Garantie bieten, daß die jungen Leute unter guter Aufsicht sind, wenn der Staat dazu überginge, sie aufzuheben, dann würden wahrscheinlich private Internate entstehen, und ich glaube, die wollen wir nicht, in keiner Weise.

Dann ist vielfach der Gegenjag in den Kreis der Erörterungen hereingezogen worden, ob Gemeindeschule oder Staatschule. Gewiß, m. H., hat der Staat ein hohes Interesse, das braucht man ja gar nicht auszusprechen, an der Volksbildung, also auch an der Volksschule. Aber wir wollen — ich glaube, hier auf dieser Seite des Hauses kaum Widerspruch zu erleben — doch trotzdem an dem Zusammenhang der Gemeinde mit der Schule festhalten. Ich habe schon bei der Debatte über die Mittelschulen sogar auf eine Äußerung hin erwidert, daß ich es durchaus nicht für wünschenswert halte, wenn sich bei uns in Baden die Verhältnisse so entwickeln, daß die Mittelschulen samt und sonders verstaatlicht würden. Gerade aus dem Wetteifer der einzelnen Gemeinden — bei den Mittelschulen handelt es sich ja um die Städte — untereinander und aus dem Wetteifer der Gemeinden mit dem Staat läßt sich zum großen Teil das Blühen der Realmittelschulen erklären. Und das trifft natürlich unter den veränderten Verhältnissen auch für die Volksschulen zu. Würden sie alle verstaatlicht, m. H., dann ist eine gewisse Starrheit und Uniformierung nicht zu vermeiden. Und wenn da mit aller Bestimmtheit gesagt wird, die sämtlichen Pädagogen, auch die modernen Pädagogen seien darüber einig, nun, m. H., ich will auf Zitate nicht eingehen, ich will nur sagen, ich habe meine starken Zweifel, ob sämtliche moderne Pädagogen darüber einig sind, daß man die Schulen verstaatlichen soll. Eins muß ich hier sagen. Es ist mir zufällig in die Hand gekommen die Äußerung eines erfahrenen Schulmannes, des früheren preussischen Provinzialschulrats Schrader, der sich freilich nur für die Mittelschulen ausspricht, der sagt, daß mancher legensreiche Fortschritt für das pädagogische Leben nur dadurch gewonnen worden sei, daß die Mittelschulen nicht allein dem Staat gehören, sondern daß die Gemeinden von sich aus etwas tun können. Das trifft auch vielfach für die Volksschulen zu.

Wenn nun aber gestern der Herr Abg. Frühau gesagt hat, daß man in den Städten darüber einig sei — so habe ich ihn wenigstens verstanden, ich würde lieber glauben, ich hätte ihn mißverstanden — daß man in den Städten einig sei, daß die Volksschulen verstaatlicht werden sollten, m. H., so begreife ich nicht, wie ein Mann, der in Karlsruhe wohnt und Vertreter von Karlsruhe ist, so etwas sagen kann. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Ich glaube, daß die Städte der Städteordnung zum mindesten sich mit allen gesetzlichen Mitteln dagegen wehren würden. Der Herr Abgeordnete Frühau ist ja auch Stadtverordneter, Mitglied des Karlsruher Bürgerausschusses. Er soll dort mal versuchen, den Antrag zu stellen. Ich bin über die Antwort, die erfolgen würde, in keiner Weise zweifelhaft.

Mit derselben Bestimmtheit ist gesagt worden, daß alle die Pädagogen auch für die Einheitschule wären. Auch da habe ich meine guten Zweifel. Ich werde aber auch da das Hohe Haus nicht mit Zitate ermüden, sondern nur eins Ihnen mitteilen, um Ihnen zu zeigen, wie leicht z. B. sich der Herr Abg. Eichhorn die Ausführungen aus Schriften und Broschüren gemacht hat. Es ist mir das um so verwunderlicher, als ich in der Debatte für Mittelschulen schon auf diese Schrift des Herrn Stadtschulrats Sickingen in Mannheim aufmerksam gemacht habe. Hier ist die Schrift. M. H.! Der Herr Abg. Eichhorn hat sich auch durch einen Zwischenruf in seiner Ausführung nicht beirren lassen, sondern er hat daran die etwas erregte Bemerkung geknüpft, daß man doch nicht annehmen könne, daß die Lehrer in Mannheim Minderes leisten, als die Herren in Karlsruhe. Ja, m. H., das hat niemand behauptet. Warum sollte jemand das! Darauf, daß es etwas anderes ist, will ich nur kurz eingehen. Der Herr Stadtschulrat Sickingen hat in dieser mir auch vorliegenden Schrift gesagt: In Mannheim erreichten in den Jahren 1892—97 von den schulentlassenen Knaben nur 31 Proz. die oberste, achte Klasse, von den schulentlassenen Mädchen nur 19 Proz. in Karlsruhe dagegen, einfache und erweiterte Volksschule zusammengezählt, in der Gesamtschule von den Knaben 65 Proz. und von den Mädchen 40 Proz. Daß ich berechtigt war, m. H., den Zwischenruf zu machen, daß diese Darlegungen sich nur auf Mannheim stützen, das werden Sie wohl daraus ersehen können. Ja, m. H., wie ist es aber gekommen? Das Schülermaterial der Karlsruher Volksschule ist nach Leistungsfähigkeit einheitlicher, mehr ausgeglichener als das der Mannheimer Volksschule, und zwar deshalb auch, weil, der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Kinder entsprechend, der Unterrichtsstoff in den Klassen der einfachen Schule nur beschränkt ist auf die wesentlichsten Forderungen des Normallehrplans. Was ich schon durch Zwischenruf habe bemerken wollen, das ist hier vollständig bestätigt, daß es eben ein Mißstand in früherer Zeit war, und daß der Herr Dr. Sickingen sich nun alle Mühe gibt, aus diesem Mißstand wieder herauszukommen, daß man einfach ohne Rücksicht auf die Verschiedenheiten, die mal in der Welt existieren und die nicht dadurch verschwinden, daß man sie ignoriert, eine gleiche Volksschule dekretiert hat, und dabei noch, m. H., nur mit Rücksicht auf das, was allenfalls die Allerbesten auch sonst unter günstigsten Verhältnissen eben leisten können, den Lehrplan dort gestaltet hat. Dorum kommt der Herr Stadtschulrat in Mannheim, der ein sehr erfahrener Pädagoge ist, auch zu dem Ergebnis, daß er die dort bestehende Bürgerchule vollständig bestehen lassen will, sogar für sie eintritt. Und wenn der Herr Abg. Frühau auf Zürich hingewiesen hat, m. H., nun, da liegt mir auch eine Schrift wiederum von Herrn Dr. Sickingen vor, worin er freilich mit einer gewissen Anerkennung die Züricher Einrichtung bespricht, aber doch sagt, daß in Zürich in den Jahren 1898/99 Schüler im Alter von 6—12 Jahren in Anstalten, 346 Knaben und 314 Mädchen in Privatanstalten gewesen sind usw. usw. — ich will Sie mit Zahlen nicht ermüden — im ganzen haben 1250 Kinder Privatanstalten besucht. Es muß also die allgemeine Begeisterung für die Schulanstalten in Zürich nicht so groß sein, wie der Herr Abg. Frühau sie geschilbert hat. Und wenn er die Meinung war, daß das Schulwesen eine der hervorragendsten Züge sei, der Anziehung der Fremden nach Zürich, so möchte ich dem Herrn Abg. Frühau nochmals zu überlegen geben, ob nicht der See und die ganze schöne Umgebung, die ganze Lage von Zürich auch Anziehungspunkte sind. (Zuruf des Abg. Sickingen) Es mag ja sein, was der Herr Abg. Sickingen eben sagt, aber der Herr Abg. Frühau hat bemerkt, daß dort alles damit zufrieden sei. Ich glaubte, das zur Ergänzung sagen zu sollen.

Ich möchte noch ein anderes vortragen. Von mehreren Rednern, von dem Herrn Frühau am meisten, sind den gegenwärtigen Leitern des Schulwesens, also auch der Volksschule, schwere Vorwürfe gemacht worden. Es ist nicht meine Aufgabe, den Herrn Minister zu verteidigen, er tut das schon selber, aber aus Gerechtigkeit muß ich hervorheben, daß der gegenwärtige Leiter unseres Schulwesens nicht nur keine Angriffe, sondern Anerkennung verdient. (Sehr gut! im Zentrum.) Wenn früher große Mißstände bestanden haben, ich will jetzt nicht weiter darauf eingehen, rufen wir uns die Gestaltung des Budgets von vor zwei Jahren und des gegenwärtigen ins Gedächtnis. Ist nicht unter dem gegenwärtigen Leiter des Schulwesens es gekommen, daß nun Mittel für das Seminar in Freiburg eingesetzt sind? Ist es nicht unter ihm gekommen, daß ein Vorseminar in Heidelberg gegründet wird? Ist es nicht unter ihm gekommen, daß die Räume in Karlsruhe erweitert werden? usw. Ich könnte noch eine Reihe solcher Dinge anführen. Ist nicht unter ihm, der früher so stark angefochtene Organistenparagraf aufgehoben worden? Ist nicht unter ihm endlich, was die Besetzung betrifft, immerhin, ich will mich bescheiden ausdrücken, eine kleine Besserung erfolgt? Und ist es nicht seiner Mitwirkung im Zusammenarbeiten mit dem Hohen Hause zu verdanken, daß dabei etwas mehr erreicht werden konnte, als geplant war, wenn auch nicht soviel, wie wünschenswert erscheinen konnte? Das glaube ich im Anschluß an das, was der Herr Abg. Frühau gesagt hat, wirklich sagen zu sollen.

Nun, m. H., da ich gerade von der Zulage vor zwei Jahren gesprochen habe, komme ich auf die Art der Lehrerbefoldung zu sprechen. Ich will selbstverständlich ausdrücken, daß ich es im höchsten Grade be-

grüßt hätte, wenn es erreichbar gewesen wäre, auch auf diesem Landtage den Lehrern an den Volksschulen weitere Aufbesserungsbezüge zu bringen, und ich kann nur bedauern, daß es in Anbetracht der Verhältnisse nicht geschehen kann. Aber, m. H., ich muß auch hier wieder — auf die Gefahr, starken Angriffen zu begegnen innerhalb und außerhalb des Hauses, da es vielleicht in dieser Frage nicht populär ist, das schadet aber nichts, ich fühle mich verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, nicht bloß als Abgeordneter, sondern gerade deshalb, weil ich Staatsbeamter bin — auf die Rehrseite, auf die Steuerzahler hinweisen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

M. H., kein Stand hat das Recht, nur auf seine Bedürfnisse hinzuschauen, sondern er muß, wenn er gerecht sein will und sein Interesse wahren will, die allgemeine Lage in Betracht ziehen. Tut er das nicht, so schadet er sich am meisten. Die Aufgaben des Staates sind so vielseitig, daß man nicht sagen kann: das ist das Allerwichtigste und alles andere muß in den Hintergrund treten.

Ich bin dabei genötigt, auf einen Punkt der Ausführungen, die der Herr Abg. Jhrig gemacht hat, zurückzukommen. M. H., ich erkenne vollständig an, und ich glaube, das wird der Eindruck des ganzen Hauses gewesen sein, daß der Herr Abg. Jhrig im Unterschied dazu, wie es draußen oft geschieht, seinen Standpunkt maßvoll vertreten hat, wenn ich mich auch nicht in allem einverstanden erklären kann, maßvoll bis auf einen Punkt, wo er sich in eine — er wird es mir nicht übel nehmen, wenn ich das sage — nicht angebrachte Erregung hineingebracht hat. Es war nicht richtig, darauf hinzuweisen, damit kann man in Volksversammlungen Eindruck machen, aber nicht im Parlament, daß man im Staat Geld habe für Schlösser, aber nicht für die Lehrer. (Rufe von den Bänken der Sozialdemokraten: Aber wahr ist es!) Ob Sie es für wahr halten oder nicht, das ist mir gleich. Sie halten vieles für wahr, was ich nicht für wahr halte. (Abg. Süßkind: Aber Sie geht man zur Tagesordnung über!) Nun, ich kann es vertragen, daß der Abg. Süßkind über mich zur Tagesordnung übergeht. (Weiter.) — Unangebracht war es, und der Abg. Jhrig hat sich um einen Teil des Eindrucks seiner Rede gebracht, daß er im Ton der privilegierten Hecker- und Revolverpresse hingewiesen hat auf die Ausgaben für den Chinafelz und auf die Unternehmungen in Südwestafrika. M. H., gerade die, die links von uns sitzen, berufen sich so gern auf ihre politischen Vorfahren. Glauben Sie denn, daß die wirklich für ein deutsches Reich und für eine deutsche Einheit gekämpft haben, um die Politik der Stubenhocker zu befolgen?

Abg. Jhrig: Aber um die Volksschullehrer hätten sie sich gekümmert.

Präsident: Wenn es mit den Unterbrechungen so weiter geht, kommen wir nicht genügend vorwärts. Ich muß bitten, sie zu unterlassen. Sie haben das Wort gehabt und bekommen es wieder.

Abg. Süßkind: Wenn kein Schlußantrag kommt!

Abg. Dr. Goldschmit (fortfahrend): Ich muß hinzufügen und meine Auffassung bekennen, wenn mich auch die Presse deshalb angreift, daß der Lehrer berufen ist, den Kindern unseres Volkes Verständnis für nationale Macht und Größe beizubringen. Wenn wir also bedenken, daß er ein Lehrer ist, der berufen ist, auch in der Volksschule wenigstens eine Abnung im Gemüt der Kinder aufkommen zu lassen, daß es eine Erbärmlichkeit für eine Nation wäre, ihren Gesandten im Ausland ohne Sühne hinschlachten zu lassen, und wenn wir weiter bedenken, daß er Lehrer einer Handelsstadt ist, der auch die Aufgabe hat, dort dem heranwachsenden Geschlecht, wenn auch nur in allgemeinen Umrissen, wie es in den Volksschulen möglich ist, das Verständnis dafür zu öffnen, daß wir für unsere stark heranwachsende Bevölkerung Raum schaffen müssen in der Welt, wenn wir bedenken, daß er ein Lehrer ist, der berufen und verpflichtet ist, die Vaterlandsliebe in den Kindern zu erwecken und zu stärken, dann komme auch ich zu dem Ergebnis, daß nach einer gewissen Seite hin die Vorbildung der Lehrer recht mangelhaft ist. (Unruhe.)

Man sagt, es sei nichts geschehen für die Lehrer; man sagt, als viel Geld da war, sei nichts geschehen, und jetzt berufe man sich auf die schlimme Finanzlage. Man hat auch von der Aufnahme der Lehrer in den Gehaltstarif gesprochen. Ich muß sagen, da haben, so viel mir bekannt, die Lehrer noch den Vorzug gehabt. Bei der Umänderung des Gehaltstarifes und des Beamtenstatutes ist niemand ohne weiteres in das Tarif-Soll eingereiht worden. Ich gebe gern zu, daß es nach dem Maße der früheren Bezahlung notwendig war. Wären aber die Lehrer im Jahre 1890 mit ins Beamtengehalt eingereiht worden, so hätten sie wahrscheinlich das Gehalt der übrigen Beamten geteilt, die nicht ohne weiteres in das Tarif-Soll einrückten, das sie, wenn der Gehaltstarif schon 20 oder mehr Jahre in Kraft gewesen wäre, bekommen hätten.

Nun, m. H., der Herr Abg. Fröhlich hat gestern gesagt, wir müßten, wie er diesen starken Ausdruck gebraucht hat, sogar verrückt sein, wenn wir unter diesen Umständen die Steuererhöhung bewilligten. Ich will mich dieses starken Ausdrucks nicht bedienen. Er hat zunächst gesagt: Was sollen wir ausgeben, wenn wir nicht für Einnahmen sorgen? Ich war immer der schüchternen Meinung, daß man erst für Einnahmen

und dann für Ausgaben sorgen soll. Im privaten Leben ist das so der Fall, und das soll auch im öffentlichen Leben der Fall sein.

Es wurde auf Hesse hingewiesen. Soweit ich über diese Verhältnisse unterrichtet bin, hat Hesse nicht nur, wie wir, 2 Millionen Zuschüsse zur Eisenbahn zu zahlen, sondern sie bekommen sogar etwas von den Eisenbahnen heraus, was mehr als 5 Millionen ausmacht. Ich will aber diese Frage nicht aufrollen, Sie brauchen keine Besorgnis zu haben, abgesehen von allem andern, weil ich fürchten möchte, daß gerade der Herr Abg. Fröhlich als Gegner auf dem Plan erscheinen würde. Nun, m. H., wird gesagt, es sei gar nichts in dieser Zeit geschehen, und man spricht draußen, und zuweilen klang es auch in diesem hohen Hause wieder, von dem Hungertuch, an dem die Lehrer nagen müßten. M. H., ein Notstand war es, was der Herr Abg. Jhrig von den Witwen mitgeteilt hat. Das erkenne ich vollständig an, durchaus, und hier müßte etwas geschehen. Noch eins dürfte ich bemerken: Die total ungenügende Versorgung teilen diese armen Witwen doch mit vielen Witwen auch anderer Beamten, und zwar nicht nur mit denen in jetziger Zeit, sondern auch in früherer Zeit. Denn die Gehaltserhöhung, die die Witwen nicht getroffen, deren Männer vor Erlassung des Gehaltstarifs gestorben waren. Nun, m. H., erinnern Sie sich doch der Regierungsvorlage, die uns heute vor zwei Jahren gemacht wurde und des Berichts, den der Herr Abg. Dr. Wengoldt damals gemacht hatte. Und da finden Sie doch etwas andere Zahlen, die, glaube ich, kaum die Beweisskraft haben, daß noch nichts geschehen ist, und die es durchaus nicht gerechtfertigt erscheinen lassen, daß man mit einer allgemeinen Redewendung sagt: Als viel Geld da war, ist nichts geschehen, und jetzt, wo wenig Geld da ist, geschieht erst recht nichts. Im Jahre 1892 ist eine erste Gehaltserhöhung geschehen, die 1 217 000 M. ausmachte, im Jahre 1894 durch anderweitige Regelung des Wohnungsgeldes 42 000 M., im Jahre 1898 377 000 M., im Jahre 1900 durch Aufhebung der Witwenbeiträge 150 000 M., im Jahre 1902 durch die vorhin angeordnete Novelle 690 000 M., zusammen genommen eine Besserstellung von rund 2 476 000 Mark. Dabei sind nicht einbezogen die finanziellen Folgen für die Städte der Städteordnung ebenso nicht für die Städte, die wegen nicht vorhandener Wohnungen Mietzinsenentziehung zahlen durch Erhöhung des Wohnungsgeldes; und was daneben die Städte der Städteordnung getan haben, mag nicht ganz ausreichend sein.

Ich will überhaupt bei dem, was ich vorgetragen habe, nicht mißverstanden werden. Ich bin auch der Meinung, daß das jetzige nicht vollständig ausreichend ist. Aber das kann man nicht behaupten, daß gar nichts geschehen wäre. Nun, was die Städte der Städteordnung getan haben, ist doch wohl immerhin auch von Gewicht und Belang. Ich will nur von dem sprechen, was in Karlsruhe geschehen ist; in anderen Städten der Städteordnung, in Mannheim, ist es sogar noch etwas mehr, in anderen wird es ähnlich sein. Im Jahre 1898 waren Hauptlehrer und Hauptlehrerinnen und Unterlehrer 161 angestellt, 1904 211. Die Zahl der also beschäftigten Lehrer und Unterlehrer ist um 29,4% gewachsen, der persönliche Aufwand, also kurzweg der Gehalt, betrug im Jahre 1899 326 000 M., 1904 493 000 M., d. h. während die Zahl der Lehrer um 29,4% gewachsen ist, ist der persönliche Aufwand der Stadt um 51,3% gewachsen. Dabei sind nicht mitgerechnet die Zuschüsse, die die Stadt Karlsruhe zu den staatlichen Pensionen gibt. Das, glaube ich, doch mitteilen zu sollen, und da muß ich noch einmal daran anklopfen, daß man bei jedem Stand ohne Unterschied auch auf diejenigen Rücksicht nehmen sollte, die die Mittel aufzubringen haben, auf die Steuerzahler. Das Geld liegt nicht so auf der Straße, wie man wohl gemeint hat, der Staat findet nichts. Denn das, was er den Beamten zahlt, muß er den Steuerzahlern schließlich wieder abnehmen. Und ich kann nur sagen, m. H., daß ich nicht bloß die Art, wie ich Ihnen schon ein paar Äußerungen angeführt habe, für beklagenswert halte, sondern in noch viel höherem Grad halte ich es für beklagenswert, wie diese Forderungen draußen in Wort und Schrift vertreten werden, nicht bloß von den Betroffenen selber — das würde man ja freilich noch bis zu einem gewissen Grad entschuldigen — aber, m. H., auch von vielen anderen Leuten, denen, wie es scheint, die Gunst einzelner Stände oder Volksteile höher steht als die Rücksicht auf das Ganze, von anderen Leuten, denen es unendlich viel leichter wird, ins Blaue hinein zu fordern, als sich ein sachliches Verständnis für die in Behandlung stehende Frage zu verschaffen und die Schwierigkeiten zu ermessen, die überwunden werden müssen, wenn man nur teilweise ein Resultat erreichen will. M. H., ich stehe am Schluß nicht an, die Art, wie das vielfach draußen vertreten wurde, mit welcher Partei es sich auch decken mag, als eine gewissenlose Demagogie zu bezeichnen.

Nach der Rede Goldschmits teilte der Präsident mit, daß wieder zwei neue Anträge eingekommen seien — wir sehen, an Anträgen hat es in dieser Schuldebatte nicht gefehlt — der eine, unterzeichnet von Fehrenbach und Gieseler, war ein Pendant zu Jhrigs Antrag wegen den Gnadengaben; er lautete: „Wir beantragen, die Position § 61 (zu Gnadengaben von Hinterbliebenen von Hauptlehrer 45 000 M.) für überschreitbar zu erklären.“ Jhrig hatte eine Erhöhung bis 60 000 M.

beantragt; im Grunde waren die beiden Anträge die gleichen; nur wurden gegen den Jhrig'schen „budgetrechtliche“ Bedenken erhoben und Jhrig zog ihn später zugunsten des Fehrenbach'schen zurück, worauf letzterer am Schlusse der Debatte einstimmig angenommen wurde.

Der weitere Antrag lautete auf Schluß der Debatte; er war unterzeichnet von den Abgg. Gießler, Fehrenbach, Wittum und Reuhaus. Darüber entspann sich nun eine bemerkenswerte Diskussion. Der Antrag wurde zuerst von Abg. Gießler begründet:

Eine der wichtigsten Fragen auf diesem Landtag ist die Schulfrage und Aufbesserung der Lehrer. Sie hat in der Schulkommission eingehende und gründliche Erörterung gefunden, sie ist auch in der Budgetkommission ausführlich behandelt worden. Es hat der Abg. Obkircher einen gründlichen Bericht für letztere gefertigt, und es hat der Abg. Rohrhurst in seinem Bericht in ausgezeichneter Weise die Verhältnisse und den Standpunkt der Parteien dargelegt. Nun haben wir heute die 4. Sitzung, und die Generaldebatte, in welcher alle Parteien zu Wort gekommen sind, ist noch nicht zu Ende. Ich glaube, daß die Hauptideen dargelegt sind, und die Wünsche, die noch vorhanden sind, in der Spezialdebatte vorgetragen werden können. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß noch 5 Redner zum Wort kommen müssen, nämlich die Antragsteller Jhrig, Fräuhaus, Lehmann und die beiden Berichterstatter. Wenn wir zurücksehen auf die 5 Tage, so dürfen wir kaum annehmen, daß dieser Vormittag dazu ausreicht. Jedenfalls müssen wir heute Nachmittag noch Sitzung halten. Wir müssen dafür sorgen, daß das Budget bis 1. Juli beendet wird. Wir haben noch die Kultus- und Finanzdebatte vor uns, es muß das Gesetz über die Steuererhöhung behandelt werden und noch an die Erste Kammer kommen. Ebenso das Gesetz über die Gemeindebesteuerung. Wenn Sie dies alles überblicken, so werden Sie mit mir der Ansicht sein, daß wir auf 1. Juli das Budget erledigen müssen. Diesen Termin müssen wir unbedingt einhalten. Es wäre bedauerlich, wenn derjenige Landtag, der über die Verfassungsreform zu beraten hat, zum ersten mal den verfassungswidrigen Zustand herbeiführen würde, daß er nicht auf 1. Juli mit dem Budget fertig wurde.

Abg. Lehmann: Was der Abg. Gießler für seinen Antrag auf Schluß der Debatte angeführt hat, trifft mit wenigen Ausnahmen auf sämtliche Budgetposten zu, und ich kann nicht zugeben, daß das Haus sich in dieser Zwangslage befindet, haben wir doch für andere Dinge außerordentlich viel Zeit gehabt, so für die Justizdebatte allein 3 Wochen. Ich möchte auch zu bedenken geben, was es im Lande draußen für einen Eindruck machen würde, wenn wir für das Volksschulwesen nicht mehr Zeit übrig hätten. Es ist eine bedauerliche Übung, daß mehrere Redner sich schon mehrere Tage vor der Verhandlung zum Worte melden. Ich habe mich am Tage des Beginns der Schuldebatte morgens vor Beginn der Sitzung zum Worte gemeldet und bin trotzdem ziemlich weit unten in der Reihenfolge der Redner eingetragen worden. Es ist nötig, daß auch wir noch einmal zum Wort kommen, da der Abg. Eichhorn bezüglich der Lehrervorbildung eine von uns abweichende Ansicht einnimmt. Wenn wir eben nicht früher fertig werden, so trägt ein Teil der Schuld auch der Umstand, daß wir später einberufen worden sind.

Abg. Jhrig: Auch ich möchte bitten, daß die Debatte nicht geschlossen wird, weil das Gebiet, das wir hier beraten, eines der wichtigsten und vielleicht das wichtigste ist, das den Landtag überhaupt beschäftigt. Wir haben uns mit anderen Materien so eingehend beschäftigt, daß wir uns auch in dieser Beziehung die nötige Zeit geben können.

Abg. Greiff: Ich bin einer der Redner, die zunächst an das Wort kommen. Wir haben alle gehört, welch großes Aufsehen die Angelegenheit in Walldorf gemacht hat, welche auch der Abg. Fräuhaus zur Sprache gebracht hat. Man würde es nicht verstehen, wenn mir nicht Gelegenheit gegeben würde, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Abg. Dr. Vinz: Ich bin der Meinung, daß die Diskussion sachlich im Grund genommen erschöpft ist (Zustimmung) und neue Gesichtspunkte nicht beigebracht werden können. Es sind auch sämtliche Fraktionen zum Wort gekommen. Doch habe ich die Empfindung, daß nach der Rede des Abg. Goldschmit, die sich verschiedentlich gegen die kleineren Fraktionen gerichtet hat, es wohl gerecht wäre, aus jeder Fraktion, sofern sie Wert darauf legt, noch einen Redner zum Wort kommen läßt.

Abg. Gießler: Ich glaube, daß man uns, wenn wir Schluß der Debatte beantragt haben, nicht den Vorwurf machen kann, daß wir uns mit der Volksschule nicht eingehend beschäftigt hätten. Ich habe ja vorhin schon auseinandergesetzt, welche Zeit und Arbeit dieser Frage zugewendet wurde. Wenn gesagt worden ist, man hätte bei anderer Gelegenheit Zeit sparen sollen, so mache ich darauf aufmerksam, daß wir früher nicht jeden Tag Sitzung und auch keine Nachmittagsitzungen hatten. Wir haben also, wenn wir 4 Sitzungen auf die Volksschule verwendet haben, so viel Zeit gebraucht, als wir bei der Justizdebatte in 2 Wochen gebraucht haben. Ich bezweifle, ob wir mit dem Vorschlag, daß jede Fraktion noch einen Redner stellt, weiter kommen würden, ich möchte vielmehr bitten, dem Schlußantrag zuzustimmen.

Abg. Eichhorn: Ich gebe zu, daß die Arbeit drängt, und die Situation des Hauses keine beneidenswerte ist. Andererseits steht ein so wichtiges Kapitel auf der Tagesordnung, daß wir nicht darüber hinwegkommen können, noch einige Zeit darauf zu verwenden. Es haben sich nach meiner Schätzung noch 16 Redner zum Wort gemeldet, und es wäre bedauerlich, wenn über einem Viertel der Mitglieder des Hauses durch Schluß der Debatte einfach das Wort entzogen würde. Ich bitte das Haus, dem Vorschlag des Abg. Vinz beizutreten. Die Fraktionen werden dann sich über die zu stellenden Redner einigen.

Abg. Dr. Vinz: Auch für meine Fraktion muß ich natürlich das Recht vorbehalten, daß noch einer meiner Kollegen zu Wort kommt, was ich zur Vermeidung eines Mißverständnisses gegenüber dem Abg. Gießler bemerken möchte.

Abg. Fehrenbach: Über die Wichtigkeit der Debatte sind wir alle einig. Die Wichtigkeit entscheidet sich aber nicht nach der Vielheit und Länge der Reden. Darüber ist sich auch der Lehrerstand klar, daß wir die Schulangelegenheiten mit großem Ernst behandelt haben, und sich etwas erheblich Neues und Wirkungsvolles heute nicht mehr sagen läßt. Also einen Vorwurf kann man uns aus der Abkürzung der Debatte nicht machen. Durch eine allzu weitläufige, langweilige Behandlung kann eine Sache nur geschädigt werden. So kann es auch der Schulsache ergehen. Wir haben diesmal die Eisenbahner früher nehmen müssen, aber auf sie auch nicht mehr Zeit verwendet, als jetzt auf die Schuldebatte. Die Eisenbahner können wohl zufrieden sein. Die Schulsache ist aber jetzt auch ausgiebig behandelt.

Welche großen Aufgaben haben wir aber noch auf diesem Landtag! Dafür muß auch im Lehrerstand Verständnis sein, daß wir vor dem 1. Juli das Kultusbudget und das Finanzgesetz fertig haben müssen. Dazu brauchen wir die nächste Woche, damit wir fertig werden. Außerdem haben wir noch einige Gesetze zu beraten. Der Wert des Parlamentarismus besteht nicht in der Länge der Landtage und der Vielheit der Reden. Wenn es in deutschen Ländern mit dem Reden und Reden so weiter geht, dann werden die Herren Redner den Parlamentarismus zu Tode reiten. Davor möchte ich denn doch warnen. Es ist nicht nötig, daß jeder einzelne die Ansicht jedes andern widerlegt. Ich begreife den Geist der Anregung des Herrn Vinz, es gibt aber dann noch 10 Redner. Jedenfalls wird diese Auseinandersetzung den guten Zweck gehabt haben, daß die Parteiredner sich entweder sehr kurz oder gar nicht fassen werden (Heiterkeit). Die Absicht, daß jede Partei zum Wort kommt und ihre Schmerzen vortragen kann, wird durch die Begründung der Antragsteller erfüllt.

Präsident Dr. Günner: Es sind noch 17 Redner gemeldet, und zwar die Abg. Dr. Weiß, Newirth, Lehmann, Greiff, Harich, Köhler, Müller, Heimburger, Duffner, Fehrenbach, Veneben, Süßkind, Kopf, Obkircher, Pfefferte, Nusser, Jhrig. Ich schlage vor, die Sitzung für kurze Zeit zu unterbrechen, und bitte den Seniorentonent zur Beratung zusammenzutreten.

Dies geschieht.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung ergreift zunächst das Wort Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Geh. Rat Dr. Frhr. v. Dusch: Ich habe dem hohen Haus eine für die Geschäftslage nicht unwichtige Mitteilung zu machen. Ich bin von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog beauftragt, dem hohen Hause einen Gesetzentwurf vorzulegen über die Abänderung des Ortsstrafengesetzes. Ich glaube zur näheren Begründung nichts ausführen zu sollen, nachdem schon bei der Beratung des Grundbuchgesetzes der Herr Abg. Zehnter ausführlich über diese Materie gesprochen hat. Das Kommissorium ist in erster Reihe auf den Herrn Minister des Innern, dann aber auch auf mich ausgeschrieben, so daß ich legitimiert bin, Ihnen diesen Entwurf vorzulegen.

Präsident Dr. Günner: Es wird die Drucklegung des Entwurfs und die Verteilung an die Mitglieder erfolgen.

Die Beratung über geschäftliche Behandlung wird demnächst auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Der Seniorentonent hat sich dahin geeinigt, es soll dem Hause der Vorschlag gemacht werden, die Generaldebatte zu schließen mit dem Vorbehalt, daß noch vier Fraktionsredner zu hören seien, und zwar die Herren Lehmann, Greiff, Heimburger und Fehrenbach. Die Begründung der Abänderungsvorschläge der Herren Eichhorn und Gessen findet in der Spezialdebatte statt.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen. Fortf. folgt.

X. Oberrheinische (14. badische) Turnlehrerversammlung.

Alle zwei Jahre tagen die Turnlehrer Badens. Vor zwei Jahren fand in Karlsruhe am 11. und 12. Juli jene imposante Versammlung statt, an welcher sich „Turngroßen“ aus allen Ländern deutscher Zunge beteiligten, und welche einen glänzenden Beweis dafür ablegte, daß das „badische Schulturnen“, das „System Maul“, eine hervorragende Stellung einnimmt im Turnwesen der deutschen Staaten. Die dies-

jährige Versammlung hatte weniger den Zweck nach außen hin zu zeigen, was man im Lande Baden auf dem Gebiete des Turnens leistete, sondern einmal Umschau zu halten, ob wir mit unserm Schulturnen wirklich auf der Höhe der Zeit sind, ob nicht doch zweckmäßige Verbesserungen vorgenommen werden könnten, und ob man nicht einen Ausblick auf die Zukunft tun sollte, um einen gesunden Fortschritt in dieser Beziehung anzubahnen nach dem altbewährten Satze „Stillstand ist Rückschritt.“

So haben sich am 15. und 16. Juli in der ehemaligen fürstbischöflichen Residenzstadt Bruchsal die badischen Turnlehrer zusammengefunden, um die diesjährige Generalversammlung des Vereins abzuhalten. Die Versammlung war weniger besucht, als die 1902er, wies aber trotzdem eine stattliche Schar von Teilnehmern auf. Als Vertreter der Schweiz waren drei Herren erschienen: Herr Major Müller in Zürich, Vertreter des Schweiz. Turnlehrervereins, ein den badischen Turnlehrern wohlbekannter und von ihnen gern gesehener Gast, dann zwei Basler Herren, der Präsident des Basler Lehrgesangsvereins Herr Kaiser und Herr Schilling. Aus Baden waren zahlreiche Turnlehrer anwesend, an ihrer Spitze der hochverehrte Herr Ehrenpräsident des Vereins, Hofrat Maul, dann der auf dem Gebiete des Turnwesens rühmlichst genannte Mannheimer Stadtschulrat Dr. Sickinge; unter den Teilnehmern bemerkten wir noch Herrn Stadtschulrat Specht in Karlsruhe, Herrn Kreis Schulrat Säger, Herrn Stadtrat König als Vertreter des zur Zeit beurlaubten Herrn Oberbürgermeisters von Bruchsal, eine Anzahl Offiziere der Bruchsaler Garnison u. a. m.

Die Vorversammlung fand am 15. abends im Hotel zur Post statt. In derselben berichteten zuerst die Herren Leonhardt, Leuz, Feuchter und Weis über die deutsche Turnlehrerversammlung zu Quedlinburg, welcher die Herren angewohnt haben. Die beiden ersten Herren boten ein Bild dessen, was dort in turnerischen Vorführungen geleistet worden ist, Herr Feuchter berichtete über die Vorträge, die gehalten wurden, und Herr Weis schilderte die Ertlichkeit, sowie die Festlichkeiten, bei der Einweihung des Gutsmuthsdenkmals. Im Anschlusse hieran ergänzte Herr Stadtschulrat Dr. Sickinge die Berichterstattung, Vergleiche zwischen dem preussischen und badischen Schulturnen ziehend.

Hierauf trat man in die Beratung über den Antrag des Karlsruher Turnlehrervereins „Organisationsänderung der Oberrheinischen Turnlehrerversammlung“ ein. Nach längerer Diskussion, an welcher die Herren Hofrat Maul, Stadtschulrat Dr. Sickinge, Leonhardt, Kabus, Feuchter, Stehlin, Diez, Berg, Kemm, Weis teilnahmen, wird beschlossen, daß die Oberrheinische Turnlehrerversammlung in Zukunft den Titel „Badische Turnlehrerversammlung“ führen solle, und daß ein badischer Turnlehrerverein (Landesverein) gegründet werde. Ein „Ausschuß“, an dessen Spitze Herr Dr. Sickinge steht, wird für die in zwei Jahren in Mannheim stattfindende Versammlung Sitzungen ausarbeiten; diese sollen dort eingehend beraten werden. Die nächste Versammlung (1906) in Mannheim wird also nach dieser Richtung ihre Bedeutung haben.

Der zweite Tag, der 16. Juli, war für die Teilnehmer ein arbeitsreicher, anstrengender und im Hinblick auf die afrikanische Hitze ein heißer Tag. Trotzdem haben die meisten ausgehalten vom frühen Morgen bis zur Mitternachtsstunde; daran konnte man schon sehen, daß das Turnen Körper und Nerven stärkt. Um 7 Uhr begannen in der Stadt Turnhalle die Vorführungen. Den Anfang machte der Karlsruher Turnlehrerverein mit Übungen am Barren in zwei Stufen (Alterszüge und Jungmannschaft) mit 22 Mann unter der trefflichen Leitung des Herrn Assistenten Leonhardt; ihnen folgten unter der Leitung des Herrn Weis 22 Mitglieder des Mannheimer Turnlehrervereins mit Übungen am Pferd.

Ein Preisrichter hätte schwer zu entscheiden gehabt, wem er die Palme zuerkennen sollte, den Karlsruhern oder Mannheimern; beide haben Vorzügliches geleistet, und das von den Mannheimern aufgeführte Tamburinpiel, das etwas Neues war, fand großen Beifall. Herr Hofrat Maul führte nun mit den vereinigten Turnern einige Stab- und Barrenübungen vor, welche Zeugnis von einer guten Schulung ablegten. Es folgte nun die Vorführung von 8 Turnklassen.

a. Mädchenklassen;

1. Zweite Turnstufe, höhere Mädchenschule (Frl. Embler),
2. Fünfte Turnstufe, höhere Mädchenschule (Frl. Dusberger).

b. Knabenklassen:

3. Sexta des Gymnasiums (Herr Kemm),
4. Quinta des Gymnasiums (Herr Kemm),
5. Sechstes Schuljahr der Volksschule (Herr Seyfarth),
6. Untertertia der Realschule (Herr Kemm),
7. Unter- und Obersekunda der Realschule (Herr Kemm),
8. Unter- und Oberprima des Gymnasiums (Herr Kemm).

Das Vehrturnen hat den Zeitraum von einer Stunde, das Schülerturnen den von 2 1/2 Stunden in Anspruch genommen. Der Berichterfasser möchte nicht im einzelnen die Sonde an diese Übungen legen; vielleicht teilt ein hierzu berufener Fachmann einmal im Vereinsorgan den Lesern mit, was er bei diesen Übungen Neues gefunden und wie die einzelnen

Leistungen zu beurteilen seien. Wir möchten hier nur darauf hinweisen, daß in Bruchsal, wie das auch Herr Dr. Sickinge im Verlauf des Tages wiederholt hervorhob, das Schulturnen in guten Händen sich befindet, daß besonders Herr Reallehrer Kemm sich um dieses Turnen große Verdienste erworben habe. Die Übungen ließen an Frische und Lebendigkeit der Bewegungen, an trefflicher Körperhaltung, an Kraft und Anmut, dabei auch an Genauigkeit der Ausführung wenig zu wünschen übrig. Eine angenehme Abwechslung bot die Vorführung der Mädchenklassen.

Eine einstündige Frühstückspause war den Teilnehmern recht sehr willkommen, und man trennte sich nur schwer von dem erquickenden „Stoff“, um nach halb zwölf Uhr zur Hauptversammlung nach der Aula der Mädchenschule zu wandern. Hier begrüßt der Vorsitzende, Herr Kabus, die Versammlung und teilt mit, daß der Vertreter der Großh. Oberschulbehörde, Herr Oberschulrat Waag leider verhindert sei derselben anzuwohnen. Herr Stadtschulrat Specht von Karlsruhe übermittelte die Grüße und Wünsche des Stadtrats und der Schulkommission dieser Stadt, welche großes Interesse dem Schulturnen entgegenbringen, und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Verhandlungen dem badischen Schulturnen zum Nutzen gereichen möchten.

In einstündigem Vortrag referierte hierauf Herr Hauptlehrer Stehlin in Karlsruhe, städtischer Turninspektor daselbst, über das Thema „Rückblick und Ausblick auf das badische Schulturnen.“ Wir können uns über diesen Vortrag kurz fassen, da wir versichert sind, daß die verehrl. Schriftleitung der „Badischen Schulzeitung“ dem Wunsche der Versammlung, den interessanten Vortrag im Druck erscheinen zu lassen, Rechnung tragen wird. Nach einem kurzen Rückblick auf die Geschichte der Entwicklung des deutschen Turnwesens schildert er die Entwicklung des badischen Turnwesens seit den 1840er Jahren; als der Redner mit Recht die Verdienste des Hofrats Maul um das badische Schulturnen hervorhob, brachte die Versammlung Herrn Maul eine stürmische Ovation. Im zweiten Teil seines Vortrages begründete der Referent die von ihm aufgestellten Leitsätze, welche in Nr. 28 des Vereinsorgans Seite 386 abgedruckt sind. Reicher Beifall lohnte den Referenten. Die sich an den Vortrag anschließende Diskussion, welche gegen zwei Stunden in Anspruch nahm, bewies zur Genüge, daß der Referent in seinem Vortrage es verstanden hatte, die Teilnehmer für die gute Sache zu interessieren, was ihm bei 24° R. im Schatten in der vorgerückten Tagesstunde — die Hauptversammlung dauerte von halb zwölf bis gegen halb drei Uhr — nicht leicht gewesen sein mag.

Die Diskussion berührte Dinge, die nicht nur den Turnlehrer, sondern auch jeden Volksschullehrer interessieren müssen, weshalb wir etwas eingehender auf dieselbe eingehen. Gleich zu den einleitenden Bemerkungen meinte Herr Hofrat Maul, ob es nicht zu weit ginge, wenn man davon spräche, daß das badische Schulturnen eine hervorragende Stellung im Turnwesen der deutschen Staaten einnehme. Mehrere Redner, darunter in erster Reihe Dr. Sickinge, traten ihm entgegen, betonend, daß es nicht an der Zeit sei, das Licht unter den Scheffel zu stellen. Wie das badische Schulturnen zu werten sei, das habe die letzte Karlsruher Versammlung gezeigt, das haben auch die Preisurteilungen bewiesen, die seit jener Versammlung außerhalb und in Baden laut geworden seien. Auch Herr Kaiser von Basel hob als Unbeteiligter hervor, daß das badische Schulturnen eine hervorragende Stellung einnehme. Außerdem beteiligten sich an der Diskussion über diesen Punkt die Herren Kabus, Stehlin, Leonhardt, Göller-Mannheim, Dorer-Ettlingen.

Zum Leitsatz 1 glaubt Herr Hofrat Maul, daß man bezüglich des Mädchenturnens in der Forderung zu weit gehe. Herr Stadtschulrat Specht nimmt sich jedoch dieser Forderung energisch an und weist auf die Erfahrungen hin, die er in seiner 30jährigen Tätigkeit in Karlsruhe bezüglich des Mädchenturnens gemacht hat. Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Mädchenturnens seien erwiesen, und wenn die Zeit auch noch fern sei, wo diese Unterrichtsdisziplin im ganzen Lande obligatorisch werde, so handle es sich hier um Leitsätze, deren Erfüllung nicht im Augenblick eintreten könne, sondern die für die Zukunft zu erstreben sei. Ihm schließen sich die Herren Dorer, Leonhardt und Dr. Sickinge an, welche letzterer bedauert, daß das Mädchenturnen vernachlässigt wird und auf die Frauenbewegung hinweist; er beantragt die Streichung des beschränkenden „wenn möglich“, welcher Antrag angenommen wird.

Mit dem Leitsatz 2 kann sich Herr Hofrat Maul ebenfalls nicht einverstanden erklären, weil er ihn für aussichtslos hält. Herr Major Müller in Zürich hebt hervor, daß in einer Seminarlehrerversammlung in Zürich die Forderung einer dritten Turnstufe für die zwei oberen Seminarstufen für das Mädchenturnen ebenfalls gestellt worden sei. Die Herren Leonhardt, Kabus und Stehlin begründen diese Forderung, und es wird auf Antrag des Herrn Dr. Sickinge der Leitsatz 2 mit der Änderung angenommen, daß statt „für jeden Kurs“ zu setzen ist „für die zwei oberen Kurse“, und daß im zweiten Absatz es heißen soll zwei obligatorische Turnstunden.

Der Leitsatz 3 wird mit einer kleinen von Mannheim beantragten Änderung, wonach statt „mindestens“ „bis“ zu setzen ist, angenommen.

Zu Leitsatz 4 wird ein Zusatz beantragt, wonach diejenigen, welche zu Turnkursen zugelassen werden, damit auch die Verpflichtung übernehmen, Turnunterricht zu erteilen. Nach eingehender Beratung wird der Leitsatz in dieser Form genehmigt.

Lebhaft war die Beteiligung an der Debatte zu Leitsatz 5 bezüglich der Prüfung; doch wird einstimmig der Ansicht Ausdruck gegeben, daß eine Werthschätzung des Schulturnens von der Prüfung abhängig sei. Mit Stimmenmehrheit wurde sodann dieser Leitsatz in der von Dr. Sidinger beantragten Fassung angenommen; dieselbe lautet: „Da der Turnunterricht ein den übrigen Fächern ebenbürtiger Unterricht ist, so haben Schulanfänger etc.“

Für Leitsatz 6 sprachen die Herren Schenckle-Forzheim und Hofrat Maul; er wird unverändert angenommen. Herr Hofrat Maul machte die Mitteilung, daß eine neue Verordnung in Bearbeitung sei.

Leitsatz 7 erhält auf den Antrag des Herrn Dr. Sidinger folgende Fassung: „Nicht nur an den Mittel- sondern auch an den Volksschulen sind in angemessenen Zwischenräumen Besichtigungen durch Fachmänner vorzunehmen, deren Ergebnis der vorgesetzten Behörde und den beteiligten Lehrern mitzuteilen sind.“

Zum Schlusse dankte der Herr Vorsitzende für die Ausdauer, die die Teilnehmer bewiesen und lud zu dem abends im Kaiserhof arrangierten Bankette ein.

Um halb drei Uhr vereinigte ein gemeinschaftliches Mahl die Mehrzahl der Teilnehmer im Hotel Keller; die hier ausgebrachten üblichen Toaste möchten hier kurz registriert werden. Herr Rabus feierte den Landesfürsten, an welchen ein Begrüßungstelegramm entsandt wurde, auf welches später huldvolle Dankantwort eintraf. Herr Berg in Mannheim toastete auf die guten Beziehungen zwischen den Schweizern und Badenern und auf die drei Schweizer Gäste. Herr Major Müller in Zürich trant auf das Wohl des Herrn Hofrat Maul, welcher dem Badischen Turnlehrerverein ein „Gut Heil“ widmete. Herr Dr. Sidinger toastete auf die Stadt Bruchsal, bes. auf ihre Lehrer und Lehrerinnen.

Es war ein großes Opfer, daß eine erkleckliche Anzahl von Teilnehmern brachten, als sie abends bei der großen Hitze zum Kaiserhofe wanderten, um das Bankett zu besuchen. Das Opfer wurde jedoch reichlich entschädigt durch die Genüsse, welche hier der Viederkrantz, der Bruchsaler Turnverein und die Stadtmusik boten. Eruste und heitere Reden, fröhliche Lieder, meisterhafte Turnkünste der Bruchsaler Turner unter der trefflichen Leitung Kemms ließen die Hitze des Abends vergessen. In harmonischen Akkorden klang die Versammlung aus, von welcher wir hoffen, daß sie dazu beitragen möchte, daß das Badische Schulturnen auch fernerhin den Ruhm erhalten möchte, dessen es sich seit Jahren rühmen kann.

Zur Aufklärung.

Es war meine Absicht, in der Ruhe der Sommerferien etwas über die Erfahrungen des ersten „Lehrerabgeordneten“ im bad. Landtag, einen Rückblick und Ausblick bezüglich der Schul- und Lehrerfragen, niederzuschreiben und dem Vereinsorgan zur Verfügung zu stellen. Ich würde bei dieser Gelegenheit dann auch — soweit nötig — Äußerungen, die mir in der polit. oder Fachpresse in den Mund gelegt wurden, auf ihren tatsächlichen Inhalt zurückgeführt und klargestellt haben. Aus diesem Grunde habe ich auch auf die Artikel aus der Konferenz Badenburger zu nächst nicht reagiert, muß dies aber nun doch tun, da ich dem Bericht über die letzte Heidelberg-Konferenz entnehme, daß man nicht überall gewillt ist, das alte Sprichwort gelten zu lassen:

„Eines Mannes Rede ist keine Rede;

Man muß sie hören alle beede!“

Ich werde wohl nicht fehl gehen, wenn ich annehme, daß der Artikelschreiber nicht in der Konferenz Badenburger zu suchen ist; doch ist das nebensächlich. Ich behauere nur, daß meine Badenburger Ausführungen nicht ausführlicher im Bericht wiedergegeben sind, damit die Leser sich selbst ein Urteil bilden können.

Zunächst habe ich durchaus nicht behauptet, daß niemand Vorwürfe verdient hätte; ich sprach dagegen davon, daß es uns jetzt nichts nütze, Vorwürfe zu erheben, und daß ich das aus diesen und anderen Gründen unterlasse; ich hatte eben auch nicht vor, in der Lehrerkonferenz gegen die in Frage kommenden Mehrheitsparteien zu sprechen und mich dem Verdacht auszuweisen, ich wolle bei dieser Gelegenheit für meine Partei agitieren. Doch das nur nebenbei.

Anstoß haben meine Ausführungen darüber erregt — nota bene: bei dem Herrn Ehinger und dem Artikelschreiber, nicht aber etwa bei der Konferenz — wie ich mir eine erfolgversprechende Arbeit für die nächste Zeit denke. Hätte der Artikelschreiber meine diesbezüglichen Auslassungen für nicht besonders interessant gehalten, so würde ich selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden haben, daß er sie in genau 2 1/2 Zeilen erledigt; wollte er aber eine so abfällige Kritik derselben in den folgenden Ausführungen bringen, so war er unbedingt verpflichtet, zu sagen, was ich gesprochen habe, meinen Gedankengang in dieser

Richtung zu skizzieren, um dem Verdacht zu entgehen, seine Berichterstattung sei tendenziös zugestutzt in der Absicht, mir eins anzuhängen.

Meine diesbezüglichen Ausführungen bewegten sich auf folgender Linie: Von den Machtfaktoren des Staats sind zwei für unsere Forderungen auf finanziellem Gebiete gewonnen und haben diese als durchaus berechtigt anerkannt, nämlich die II. und I. Kammer; es gilt nun, auch den dritten, ausschlaggebenden Faktor, der bis jetzt noch unbestimmt und verlausuliert sich geäußert habe, von der vollen Berechtigung derselben zu überzeugen und ihn für uns zu gewinnen — die Großherzogliche Regierung. Das ist die wichtigste, aber unumgänglich nötige Arbeit der nächsten Zeit. Wenn die Durchführung gelingen soll, so gelingen, daß wir auch eine wirkliche Freude an dem für 1906 in Aussicht stehenden Resultat haben können, so sollte nach meiner Ansicht neben dem, was auch bisher schon getan wurde, auch der Weg der persönlichen Aussprache mit den Behörden (Oberchulratsdirektor, Unterrichtsminister) seitens unseres Vorstandes beschritten werden. Jeder Stand, der etwas Wichtiges erreichen will, tritt durch seine Vertreter in persönlichen Verkehr mit seiner Behörde und weiß die Vorteile eines solchen wohl zu schätzen, und wo etwas Erhebliches erreicht worden ist, da hatte man auch diesen Weg nicht außer acht gelassen.

Es ist eben trotz der Stellungnahme der beiden Kammern von der allergrößten Wichtigkeit für einen günstigen Erfolg, wie die Vorlage der Großh. Regierung an den nächsten Landtag ausfällt, ob Einreichung in den Tarif oder nicht, ob besondere Abteufung in demselben mit event. geringerem Anfangs- und Endgehalt als G 5; ob günstige Übergangsbestimmungen, oder ob die Gehälter wieder 10 Jahre auf dem Papier stehen usw. Die Frage der Gemeindeforschüsse zu unseren Gehältern könnte auch noch ein böser Zankeppfel werden.

Keinesfalls dürfte es aber wieder vorkommen, daß ein Vorstandsmitglied sich in der Neuen bad. Schulzeitung in der ihm eigenen Weise als „Fischer“ der Behörden oder einzelner Mitglieder derselben betrachtet oder die Führer einflussreicher und ausschlaggebender Parteien persönlich herunterreißt; die Verantwortung dafür werde dort natürlich dem Vorstände, der jenes Mitglied gewähren lasse, und schließlich dem ganzen Lehrerverein zugemessen. Das war der Inhalt meiner diesbezüglichen Ausführungen in Badenburger, und ich habe nichts davon hinwegzunehmen.

Von einer solchen Kritik der Vereinsleitung, die tief bedauerlich sei“ soll ich absteigen! Ja, habe ich denn damit mehr gesagt als eine einfache Binsenwahrheit, etwas, das sich jeder an seinen zehn Fingern herunterzählen kann? Es würde aber wirklich noch etwas im Artikel fehlen, wenn nicht auch die „Einigkeit im Lehrerverein“ wieder einmal als gefährdet erscheinen würde, weil ein Vereinsmitglied die Ansicht äußert, daß außer mit den Abgeordneten auch noch mit einflussreicheren Faktoren Fühlung gesucht werden sollte. O heilige Einigkeit! Das ist meine im Artikel als fast himmelschreiend charakterisierte „Kritik an der Vereinsleitung“.

Ich reise nicht darauf, „judringliche Belehrungen“ zu geben und habe mich dazu nirgends erbötet; wenn man mich aber um meine Ansicht gefragt hat, und nur dann habe ich jeweils darüber gesprochen, so war ich so frei, sie zu sagen. Meint denn der Artikelschreiber, ein Mitglied des bad. Lehrervereins dürfe keine eigene Ansicht mehr haben? Oberchulrat und Ministerium hätte ich schon „kritisiert“, das Vereinsorgan sehr abfällig beurteilen dürfen (wie letzteres in der betr. Konferenz von anderer Seite ja geschah); aber die Vereinsleitung — oder eigentlich, was der Artikelschreiber darunter versteht, die Mannheimer Abteilung derselben — beleiße nicht; hier „finke still ins Knie“ und bete an die neunmalweise Unfehlbarkeit! Man weise mir doch noch, wann und wo ich einmal in Wirklichkeit an der Vereinsleitung eine unberechtigte, ungehörige oder gar verletzende Kritik geübt habe! Was ich gesagt habe, ist nicht mehr und nicht weniger als meine wohlbegründete Ansicht darüber, in welcher Richtung in der nächsten Zeit hauptsächlich für die Interessen des Lehrerstandes gewirkt werden müsse; wer alles persönliche ausschaltet und objektiv urteilt, der wird meine Ansicht entweder für richtig oder für falsch halten; er wird aber nicht Peter und Morbio schreien: „So eine Kritik der Vereinsleitung.“ Habe ich denn dem des- und wehmütigen „Antichambrieren“ das Wort geredet? Oder der „Bettelsuppenpolitik“, wie sie an anderen Orten genannt wird? Wer glaubt denn das von mir? Man versuche doch nicht, unseren Vorstandsmitgliedern das Armutszugnis auszufüllen, daß sie eine persönliche Aussprache mit Behörden nur in laienbuckelnd unwürdiger Weise ausführen könnten.

Wie haben denn wir Mannheimer es jeweils gemacht, wenn wir eine Besserstellung erzielen wollten? Wir haben immer auch neben anderem den Weg persönlicher Aussprache eingeschlagen, und die Herren Rödel, Ehinger und andere sind wie ich auch schon wiederholt als Abgeordnete der Lehrerschaft bei Stadträten, Bürgermeistern und dem Stadtschulrate gewesen, um dort unsere Wünsche vorzutragen und zu erläutern nach dem Grundsatz: „Ein gutes Wort findet einen guten Ort.“ Was man uns zugemutet hat und zumuten durfte, weil es sich als erspriechlich erwiesen hat, das dürfte auch für den Vorstand des Lehrervereins keine so ungeheuerliche Zumutung sein.

Auf die verschiedenen Artikel der N. B. Schulztg. will ich nicht näher eingehen; daß ich dort eine objektive Kritik nicht zu erwarten habe, weiß nachgerade die ganze badische Lehrerschaft; dort werde ich unter allen Umständen „gewogen und zu leicht befunden“ wie jeder, der nicht an das dortige Evangelium glaubt;

„s'ist mal bei ihm so Sitte;
chacun à son goût.“

Die ewigen Schaumschlägereien dort wirken nicht mehr, und der Blindeste sieht nachgerade ein, daß damit der badischen Lehrerschaft nicht gedient ist. Das genügt.

Zum Schlusse will ich nur noch bemerken, daß ich es geradezu beschämend finde, wenn von Vereinsmitgliedern die Einigkeit im Verein immer dahin verstanden wird, daß man in unseren Konferenzen nur noch die von der N. B. Schulztg. vorgeschriebenen Ansichten vertreten darf. Ich gehöre nicht zu denen, die unter allen Umständen reden und das letzte Wort haben müssen; wenn ich aber etwas als richtig erkannt habe, werde ich mir auch fernherin gestatten, es bei passender Gelegenheit auszusprechen und werde mir von Herrn Rödel und seinen Intimen wie von Herrn Ehinger den Mund nicht verbieten lassen. Ich habe mich bis jetzt auf die Abwehr beschränkt, habe nur geantwortet, wenn ich angegriffen wurde; ich wahre mir aber auch das Recht, nötigenfalls zur Offensive überzugehen und die gegen mich beliebte systematische Heze in die richtige Beleuchtung zu rücken. —

Mannheim, 17. Juli 1904.

W. Jhrig.

Verschiedenes.

Heidelberg. Die Teilnehmer des Ferienkurses, die in nächster Nähe von Heidelberg wohnen und jeden Tag heimfahren wollen, lösen sich am besten eine Monatskarte. Ein Lehrer hatte eine Eingabe um Vergünstigung an die Generaldirektion gerichtet, erhielt aber zur Antwort, daß Personen, welche bereits einen Beruf ergriffen hätten, nicht dieselbe Vergünstigung erhalten könnten wie die Studenten.

Karlsruhe. Bezüglich der Petition eines pensionierten Hauptlehrers erhebt die Neue Bad. Schulzeitung in ihrer letzten Nummer aufgrund des Berichts der Karlsruher Zeitung scharfe Angriffe gegen die Abgeordneten der II. Kammer, daß nicht einer von ihnen ein ärztl. Gutachten, das in der Kammer zur Kenntnis gebracht worden sei, als für den Lehrerstand tief kränkend zurückgewiesen habe. Diese Angriffe sind durchaus unberechtigt, denn es ist absolut unrichtig, daß die beleidigende Stelle dem Plenum der Kammer zur Kenntnis gebracht wurde; sie befand sich in dem geschriebenen Bericht des Berichterstatters Herrn Rohrhurst, wurde aber von diesem in der Sitzung der Kammer nicht verlesen. Was die Karlsruher Zeitung über die Sache schreibt, ist nicht etwa nach einem Stenogramm wiedergegeben, sondern an der Hand des geschriebenen Berichts der Petitionskommission hergestellt, und bei dieser Gelegenheit wurde vom Berichterstatter dieser Zeitung auch die dem Plenum nicht bekannt gewordene Stelle aus Versehen mit in den Bericht der Karlsruher Zeitung hineingebracht.

Für die Abgeordneten und den „Lehrerabgeordneten“ insbesondere lag kein Anlaß vor, in dieser Sache das Wort zu ergreifen, da es sich um Verhältnisse handelt, von welchen man am besten den Schleier möglichst wenig lüftet.

Mannheim. Der Mannheimer Volksschule wird unter allen großstädtischen Schulen zur Zeit wohl am meisten Interesse entgegengebracht. Namentlich ist es die in den letzten Jahren am Mannheimer Schulkörper vollzogene Neuorganisation, welche die Aufmerksamkeit immer weiterer Kreise auf sich zieht. Und zwar sind es nicht bloß die Schulmänner, die ihre Blicke nach Mannheim wenden, auch Ärzte, Regierungsbeamte, Volksvertreter u. a. suchen die Mannheimer Neuorganisation eingehend kennen zu lernen; denn es besteht nun doch wohl nirgends mehr ein begründeter Zweifel darüber, daß die von Stadtschulrat Dr. Siedinger in die Wege geleitete Schulreform für die Zukunft großstädtischer Schulen von der weittragendsten Bedeutung ist.

Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn der Jahresbericht der Mannheimer Volksschule jeweils mit einer gewissen Spannung erwartet wird. Auch der vor einigen Wochen herausgegebene Jahresbericht vom Schuljahr 1903/04 enthält wieder manches, was für die Allgemeinheit von großem Interesse ist. Die Zahl der Schüler betrug im Schuljahr 1903/04 = 20580, die Zahl der Lehrkräfte mit Einschluß der Industrie- und Haushaltungslehrerinnen = 468. Als Hauptlehrer wurden neu angestellt = 38, darunter 3 Hauptlehrerinnen. Die Zahl der Schüler war gegenüber dem Anfang des vorangegangenen Schuljahrs um 977, gegenüber dessen Schluß um 1518 gestiegen. Die Zahl der an Ostern 1903 zur Entlassung gekommenen Schüler betrug 1855, die Zahl der an diesen Termin neu eingetretenen Schüler belief sich dagegen auf 3274. An Schulhäusern wurden während des Schuljahrs neu in Benutzung genommen = 4, nämlich 2 Erweiterungsbauten und 2 Neubauten, für welche ein Bauaufwand von zusammen 1741700 M. erforderlich war.

Einen außergewöhnlichen Zuwachs an Teilnehmern hatte im abgelaufenen Schuljahr auch die Knabenarbeitschule zu verzeichnen. Leider mußten von den 1166 angemeldeten Schülern 246 zurückgewiesen werden. Die nach den Berufen der Schüler gegliederte Knabenfortbildungsschule zählte am Schlusse des Schuljahres 837 Schüler. Der Mädchenfortbildungsschule standen im Schuljahre 1903/04 insgesamt neun Rängen zur Verfügung, in denen von 8 Haushaltungslehrerinnen 1018 Mädchen in 48 Kursen in Haushaltungskunde und praktischen Kochübungen unterwiesen wurden.

Der wahlfreie französische Unterricht wurde von 272 Knaben und 377 Mädchen besucht. Zum Flikturs, der für freiwillige Teilnehmerinnen eingerichtet ist, hatten sich 122 Fortbildungsschülerinnen eingestellt. In dem vom „Verein Knabenhort“ mit einem städtischen Zuschuß unterhaltenen Knabenhorte konnten 310, im Mädchenhorte 183 Böglinge aufgenommen und in angemessener Weise beschäftigt werden.

Die Schulbrausebäder wurden benützt von 6530 Kindern. Frühstück, bestehend in Milch und Brötchen, erhielten in den Wintermonaten 3086 Kinder. Der Aufwand belief sich auf 18807 M. Von dem Verein Ferienkolonien wurden in Halbkolonien, Ganzkolonien und in das Solbad Rapp nau auf drei bezw. vier Wochen entsandt im ganzen 492 Kinder.

Was nun die organisatorischen Maßnahmen betrifft, so waren an Sonderklassen, deren Zweck und Wesen hier als bekannt vorausgesetzt werden darf, im Schuljahr 1903/04 in der Mannheimer Volksschule eingerichtet: 1. 4 Hilfsklassen für geistig zurückgebliebene Kinder, zu denen im neuen Schuljahr 2 weitere hinzugekommen sind, 2. 17 Wiederholungsklassen und zwar 5 Wiederholungsklassen I (Pensum des I. Schuljahres) mit zusammen 132 Kindern, 6 Wiederholungsklassen II (Pensum des II. Schuljahres) mit zusammen 172 Kindern und 6 Wiederholungsklassen III (Pensum des III. Schuljahres) mit zusammen 185 Kindern, 3. 18 Abschlußklassen und zwar 3 Abschlußklassen V¹ mit zusammen 80 Kindern, 7 Abschlußklassen V² mit zusammen 229 Kindern und 8 Abschlußklassen VI mit zusammen 252 Kindern, 4. 6 Vorbereitungsklassen für die höheren Schulen mit zusammen 139 Knaben.

In den im Jahresbericht zu den Förderklassen (Wiederholungs- und Abschlußklassen) enthaltenen Bemerkungen ist das Charakteristische der Neuordnung nochmals scharf hervorgehoben. (S. 22 ff.) Von den amtlichen Beurteilungen des Sonderklassensystems verdienen erwähnt zu werden der Bescheid des Groß. Kreisschulrats, des Herrn Hofrats Dr. Strübe und der Erlaß des evangelischen Oberkirchenrates (Prälat Döhler), welchem „die von dem Leiter des städtischen Volksschulwesens in Mannheim geschaffene Einrichtung der Abschluß-, Wiederholungs- und Hilfsklassen als durchaus praktisch und einem wohlwolleren pädagogischen Interesse dienlich erscheint.“

Von besonderem Interesse sind auch die im Jahresbericht enthaltenen Bemerkungen über den Verlauf der Erörterungen über die Mannheimer Schulorganisation auf dem I. internationalen Kongress für Schulhygiene in Nürnberg, wo die Bedeutung der in Mannheim durchgeführten Reformen allseitig warm hervorgehoben wurde. Die von Stadtschulrat Dr. Siedinger gemeinschaftlich mit Dr. med. Moses für die Nürnberger Tagung aufgestellten und dort einstimmig angenommenen Leitsätze über das „Sonderklassensystem der Mannheimer Volksschule“ sind im Jahresbericht zum Ausdruck gebracht (S. 26 ff.). Im Anschluß daran wird auch den Verhandlungen der II. Kammer der badischen Landstände vom 23.-29. April ds. J. kurze Erwähnung getan. Bekanntlich hat der Berichterstatter über das Unterrichtsbudget, Abgeordneter Obkircher, das Mannheimer Volksschulwesen nach einer detaillierten Schilderung seiner vielgestaltigen Einrichtung als ein muster-gültiges bezeichnet. Diesem Urteil schloß sich der Minister Freiherr von Dusch an mit den Worten: „Das Lob, das warme Lob, das der Herr Berichterstatter dem Volksschulwesen in Mannheim gewidmet hat, kann ich nur in allen Punkten unterschreiben und den Wunsch aussprechen, daß dem Beispiel, das in Mannheim in mancher Beziehung in muster-gültiger Weise gegeben worden ist, auch von andern Städten möglichst umfassend gefolgt werde.“ Auch die Abgeordneten Jhrig, Giesler und Geh. Hofrat Dr. Weggold traten mit Wärme für das System in Mannheim ein, von welchem der letztere u. a. sagte, daß es seiner Ansicht nach den großen Städten Deutschlands auf die Dauer nicht möglich sein werde, an diesem in Mannheim mit Geschick durchgeführten Gedanken (Einrichtung von Förderklassen) achtlos vorüber zu gehen.

Für alles Weitere muß auf den Jahresbericht selbst hingewiesen werden.

Aus Baden. Die segensreiche Einrichtung der Ferienkolonie armer kränklicher Schulkinder der Stadt Karlsruhe blickt mit diesem Jahre auf eine 25-jährige Tätigkeit zurück, steht also unmittelbar vor dem silbernen Jubiläum. — Goldene Worte sind es nun, die bei diesem Anlasse ein erprobter Führer in einer Broschüre „Bilder aus den Ferienkolonien“ von D. Frey (J. Langs Buchdruckerei Karlsruhe; Preis

50 S.) niederschrieb. Rücksicht auf das Hartgefühl des bescheidenen Verfassers, eines echten Pestalozzianers verbietet es mir, vor der Öffentlichkeit zu sagen, was ich während der Lesüre der herrlichen Schrift gedacht und gefühlt habe. Verschaffe sich jeder Pädagoge durch dieses Büchlein einen Einblick in das Treiben solch einer Kolonie und sorge er selber wieder für weitere Verbreitung unter den Freunden der Jugend zu eigenem geistigen Gewinn und zu Ruh und Frommen der Kolonisten aus der Residenz, denen der Ertrag der „Bilder“ zugedacht ist.

Nedargemünd. Die hiesige Konferenz hat in ihrer letzten Zusammenkunft in lebhafter Diskussion über die Volksschule vor dem Landtag 1904 verhandelt. Es wurde dabei auch der neuesten Vorgänge in Schwesingen und Ladenburg gedacht. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige sehr zahlreich besuchte Konferenz weist im Hinblick auf die Vorgänge in den Schwesinger und Ladenburger Konferenzen alle Angriffe auf den Vereinsvorstand und dessen Geschäftsführung zurück und erklärt, daß sie dem Vereinsvorstand ihr volles Vertrauen entgegenbringt und daß sie mit dessen Geschäftsführung und der Vertretung unserer Interessen vollkommen einverstanden ist.“

(Die Lehrerschaft war mit dem Inhalt und der Form der dem Landtag vorgelegten Petition einverstanden. Also besitzt der Vereinsvorstand das Vertrauen der Mitglieder. Wir halten deshalb die Veröffentlichung von Resolutionen über das Vertrauen zum Vereinsvorstand für überflüssig. D. Veit.)

Zur Stellenbesetzung wird uns geschrieben: Der Durlach-Korrespondent hat im allgemeinen mit seiner Klage nicht unrecht. Aber es gibt eben doch Verhältnisse, welche sich nicht schematisieren lassen, deren Eigenart ebenso eigenartige Behandlung erfahren muß. Ist aber die Kritik zu Gunsten der unständigen Lehrer berechtigt, so ist sie es auch für die definitiven; nämlich: Schulverwaltungen brauchen nicht immer in den Händen unständiger Lehrer zu liegen, sondern werden bekanntlich häufig von definitiven Leuten besetzt, welche aus irgend einem Grund zeitweilig aus dem Definitivum ausscheiden. Es brauchen also Gründe hierzu nicht immer Disziplinierungen vorzuliegen, sondern die Verhältnisse können bei der bedauerlichen Zwitterstellung unseres Standes diese Fälle geradezu als Notwendigkeit fordern. Nun muß man annehmen, daß während einer solchen Schulverwaltung durch einen Hauptlehrer einmal lauter Stellen ausgeschrieben werden können, welche qualitativ seine früher innegehabte Stelle nicht erreichen. Auch die augenblickliche Stelle kann hierzu zählen. Wäre es nun gerecht, den Mann zu zwingen, sich um eine Stelle zu bewerben, deren Besitz er als Degradation betrachten müßte? Oder wäre es gerecht, ohne Rücksicht auf ihn seine Schulverwalterstelle zu besetzen und ihn so vielleicht zwei und drei mal weiter zu schieben, bis er eine Stelle findet, um welche er sich bewerben kann? In einem solchen Falle ist das von der Behörde geübte Verfahren das einzige, welches dem Gerechtigkeitsgefühl entspricht; jedes andere könnte vielleicht das subjektive Billigkeitsgefühl der jüngeren Interessenten mehr befriedigen, wäre aber — unverblümt ausgedrückt — eine Ungerechtigkeit gegen unverschuldete Kollegen und ein grober Verstoß gegen den allgemeinen, objektiven Gerechtigkeits Sinn. Und um solchen Preis werden die jüngeren Herren Kollegen ihre Wohlfahrt nicht erkaufen wollen, hoffe ich. F.

Aus Baden. „Die Kirche“ schreibt: Für die Generalsynode. Es ist ein sehr erfreuliches Zeichen, daß die badische evangelische Lehrerschaft sich regt, um an der Reform des Religionsunterrichts (der Religionslehrbücher und des Religionslehrplanes) mitzuarbeiten. Die Erteilung des Religionsunterrichts liegt zum allergrößten Teil auf den Schultern der Lehrer; sie haben demgemäß auch die umfassendste Erfahrung auf diesem Gebiete, und ihnen werden die Mängel und Lücken am deutlichsten fühlbar. Sie sind in gewisser Beziehung die Sachverständigen auf dem Gebiete des Religionsunterrichts. Leider hat man ihnen nicht die Möglichkeit gegeben, sich bei der Besprechung und Beurteilung der Reformvorschläge auf den vorjährigen Diözesansynoden zu beteiligen. Jetzt beschreiten die Lehrer den in unseren Verhältnissen, wie es scheint, allein möglichen Weg einer Petition an die Generalsynode. Dieselbe lautet: „Die unterzeichneten badischen Lehrer und Lehrerinnen gestatten sich, hoher evangelischer Generalsynode nachstehende Bitten zu hochgeneigter Berücksichtigung zu unterbreiten: 1. Der religiöse Stoff, besonders auch der Memorierstoff, möge wesentlich reduziert werden. 2. Die evangelischen Religionsbücher möchten in einer Sprache abgefaßt werden, die dem Fassungsvermögen der Kinder angepaßt ist. 3. Der Katechismus möge aus dem Volksschulunterricht ausgeschaltet und dem Konfirmandenunterricht und der Christenlehre zugewiesen werden. 4. Die Kirchengeschichte, besonders von der Zeit der Reformation an, und die badische Kirchenverfassung sollten viel eingehender als bisher behandelt werden. 5. Dem Bibelleseer möchte an der Hand einer Schulbibel die für evangelische Christen notwendige Ausdehnung gegeben werden.“ Man sieht, daß die Lehrer, von richtigen pädagogischen Grundsätzen ausgehend, eine Vertiefung und innerliche Aneignung (daher das Verlangen, den Memorierstoff zu vermindern) des religiösen Stoffes und die Erweiterung des Anschauungs-

stoffes aus Bibel und Kirchengeschichte erstreben. Es werden sich gewiß in der Generalsynode Männer genug finden, welche ruhig, sachlich und friedlich die für die Zukunft unserer Kirche so überaus wichtige Frage des Religionsunterrichts einer zeitgemäßen Lösung näher zu bringen fest entschlossen sind. Abgesehen von den großen unterrichtlichen Nachteilen, welches es nach sich ziehen würde, wenn „Alles beim Alten“ bliebe, so wäre auch zu befürchten, daß bei den Lehrern das Verlangen nach Ausdehnung und Dringlichkeit zunehmen würde, welches auf die völlige Befreiung der Lehrer vom Religionsunterricht abzielt.

Aus Baden. Zu dem am 4. September stattfindenden Stiftungsfeste des Sängerkranz in Weiskenstein, verbunden mit Preisungen, ist noch eine Neuverung in der Weise zu verzeichnen, daß außer den preisgekrönten Vereinen auch deren Dirigenten ein Ehrenzeichen erhalten. — Die Herren Musikdirektoren Epp, Kunz und Wengert wurden als Preisrichter ernannt. Die Gesamtschöre von Neuert und Wengert sind in leichter vollstämmlicher Tonart gehalten und wird nur deren Gesamteindruck gewertet.

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit vormals Allgemeine Versorgungsanstalt. — So lautet seit 1. November 1903 die Firma der wohlbestanten großen Lebensversicherungs-Anstalt in Karlsruhe auf Grund ihrer den Vorschriften des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 angepaßten neuen Satzung, und zum erstenmal in diesem Jahre ist der Rechenschaftsbericht, der 69. der Anstalt, unter dem neuen Namen erschienen. Das Geschäftsjahr 1903 war das vierzigste, seitdem die Anstalt ihren nunmehrigen Hauptzweig, die Lebensversicherung, aufgenommen hat. In ihm hat ihr Versicherungsbestand die erste halbe Milliarde überschritten! — Die Geschäftsergebnisse waren wieder sehr erfreulich. Es wurden 7918 Versicherungsanträge über 40 1/2 Millionen Mark eingereicht, von denen 6628 über rund 34 Millionen Mark Annahme fanden. Der Neuzugang war damit höher als je in einem Geschäftsjahr zuvor. Nach Abzug aller Abgänge stieg der Versicherungsbestand um 20 1/2 Millionen Mark auf 516 Millionen. Die Sterblichkeit war wieder sehr günstig, so daß sich aus der Mindersterblichkeit ein Gewinn von über zwei Millionen Mark ergab. Die Jahreseinnahme stieg gegen das Vorjahr um 1 1/4 Millionen auf 25 Millionen Mark. Die Ausgabe für Verwaltungskosten einschließlich Provisionen ist trotz der Ausdehnung des Geschäfts im Verhältnis zur Jahreseinnahme gesunken. Das Gesamtvermögen der Anstalt erreichte am Jahreschlusse 180 Millionen Mark. Der Jahresüberschuß der Lebensversicherung betrug über 5 1/2 Millionen Mark und wurde nach Dotierung einiger kleinerer Reserven ganz der Dividendenreserve der Todesfallversicherungen überwiesen, die dadurch auf mehr als 24 Millionen Mark wuchs. Die im Jahre 1905 für die Lebensversicherungen der Anstalt auszusahlende Dividende wurde wie in den Vorjahren auf 30% des dividendenberechtigten Deckungskapitals festgesetzt. Wie diese Ergebnisse zeigen, ist die Karlsruher Lebensversicherung eine der ersten und bewährtesten deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften, welche sich ebenso durch Billigkeit der Beiträge und Höhe der Überschüsse wie durch günstige Versicherungsbedingungen auszeichnet. Der Badische Lehrer-Verein hat mit der Karlsruher Lebensversicherung einen Vertrag abgeschlossen, wodurch den badischen Volksschullehrern besondere Vergünstigungen eingeräumt sind. Die Versicherungsanträge bei dieser Anstalt kann deshalb nur empfohlen werden.

Ettlingen 1879—1904.

Unsere 25jährige Jubelfeier ist auf den 27.—29. August d. J. festgesetzt.

Zusammenkunft am 27. August, nachm. 4 Uhr im Café Grünwald (am Bahnhof) in Karlsruhe.

Hierauf Versammlung im „Kühlen Krug“ (Grünwinkel); abends 8 1/2 Uhr Bankett in Karlsruhe.

Am 28. August Besuch des Friedhofs. Niederlegung eines Kranzes auf das Grab unseres Direktors Lehmann. Dann Fahrt nach Ettlingen und Besuch des Seminars. Hierauf Festessen und nachher Fahrt nach Herrenalb. Am 29. August Abschiedskneipe.

Wir hoffen auf eine allgemeine Teilnahme und bitten freundlichst, die Anmeldungen längstens bis 21. August an Kollege Hugel-Offenburg einzusenden.

Mit herzlichem Gruss; auf frohes Wiedersehen!
Hugel-Offenburg, Littenecker-Iohenheim, Lurz-Baden.

Allgem. Bad. Lehrer-Witwen- und Waisen-Stift.

Von der Schreibfedernfabrik Brause & Co. in Iserlohn wurde dem Stifte pro I. Halbjahr 1904 eine Bonifikation im Betrage von 53 M 35 S überwiesen.

Indem wir für diese Zuwendung besten Dank sagen, empfehlen wir genannte Firma unseren verehrlichen Mitgliedern.
Mannheim, den 17. Juli 1904.

Der Stiftsvorstand:

Ehinger.

W. Ihrig.

Allgem. Bad. Lehrer-Witwen- und Waisenstift.

Seitens der Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit (vormals Allgem. Versorgungs-Anstalt) wurde dem Stifte die ihm zukommende Vergütung aus den im I. Halbjahr 1904 aufgrund des von dem Badischen Lehrerverein mit gen. Anstalt geschlossenen Vertrags zustande gekommenen Versicherungen im Betrage von 859 M 46 S überwiesen.

Indem wir für diese Summe herzlichen Dank sagen, empfehlen wir die „Karlsruher Lebensversicherung“ unsern Mitgliedern bestens.

Mannheim, den 10. Juli 1904.

Der Stiftsvorstand:

Ehinger.

W. Ihrig.

Bez.-Lehrerleseverein Pforzheim.

Den verehrlichen Mitgliedern zur gefl. Kenntnisnahme, dass die Bibliothek während des Monats August geschlossen bleiben muss.

Mit kolleg. Gruss

Fr. Ernst, Bibliothekar.

Personalnachrichten.

Versetzt:

Duelli, Emil, Hilfsl. in Achern, wird Untl. daselbst. Eichhorn, Frieda, Untl., von Michelbach nach Windschlag, A. Offenburg. Gaiser, Josef, Hauptl., von Wildgutach nach Luttingen, A. Waldshut. Galm, Frz. Anton, als Schlvw. nach Landshausen, A. Eppingen. Haselhofer, Alfons, Hilfsl. in Beuren, als Untl. nach Döggingen, A. Donaueschingen. Herzog, Oskar, Untl., von Windschlag nach Bühl (Stadt). Konrad, Emil, Hilfsl. in Steinach, als Untl. nach Michelbach, A. Rastatt. von Roth, Hugo, Untl. in Achern, als Schlvw. nach Plittersdorf, A. Rastatt. Stadler, Josef, Schw., von Forchheim, A. Ettingen, nach Achern. Wassmer, Emma, Schld., als Hilfsl. nach Ödsbach, A. Oberkich.

Briefkasten.

A. R. B. E. Wenn nicht örtliche Verhältnisse eine andere Besetzung verlangen, kann auch eine Lehrerin angestellt werden.

H. im Landesbad. Halten Sie ein! Ich habe zurzeit keinen Raum. Etwas davon erscheint bald. Gruss!

An Verschiedene. Ich bitte, die Einsendungen immer genügend zu frankieren. In der letzten Woche musste ich nahezu 1 M Strafporto entrichten.

Vereinstage.

Albkonferenz. Samstag, 30. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr findet in Niedermühle Konferenz statt. T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Seyferle in Schlageten. 2. Einzug der fälligen Beiträge. 3. Verschiedenes. Zahlr. Besuch sieht entgegen J. Waldschütz.

Mannheim. Die nächste Konferenz beginnt am Donnerstag, den 28. Juli, abends 1/29 Uhr, im Saale der Bäckerei (S 6, 40). T.-O.: 1. Vortrag des Herrn Reinhard Schmidt über Rügen. 2. Vortrag des Herrn Karl Lauer über seine Reise nach der kurischen Nehrung und die Verhandlungen über Jugendschriften in Königsberg. 3. Verschiedenes. G. Knodel.

Neustadt. Mittwoch, 27. Juli, freie Konferenz im „Engel“ zu Neustadt. T.-O.: 1. Vortrag von Frl. Ducherer in Neustadt: Die Persönlichkeit des Lehrers in ihrer Bedeutung für den Unterricht. 2. Einzug der Beiträge für Pestalozziverein und Witwen- und Waisenstift. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet Wintermantel.

Rheinbischofsheim. Samstag, 30. Juli, nachm. 1/23 Uhr, freie Konferenz in Lichtenau, Gasthaus zur Blume. T.-O.: 1. Vortrag. 2. Einzug der Beiträge für Lehrer- und Leseverein, Pestalozziverein, Witwen- und Waisenstift. 3. Verschiedenes. Um vollzähliges Erscheinen auch der werthen Damen bittet Der Vors.

Schönau b. H. Samstag, 30. Juli, nachm. 1/23 Uhr, freie Konferenz im „Lamm“ zu Heiligkreuzsteinach. T.-O.: 1. Standesangelegenheiten. 2. Einzug der Beiträge für Witwen- und Waisenstift und Leseverein. 3. Wahl eines Bibliothekars. 4. Gemütliche musikalische Unterhaltung. Zu dieser Konferenz werden besonders auch die verehrten Damen freundlichst eingeladen. Kollegen aus andern Bezirken sind ebenfalls willkommen. E. Armbruster.

Schwetzingen. Mittwoch, 27. Juli, nachm. 4 Uhr, freie Konferenz im oberen Saale des Gasthauses zum „Erbprinzen“. T.-O.: 1. Wahl eines Konferenzvorsitzenden und dessen Stellvertreter. 2. Besprechung über die zu gründende Konferenzkasse. 3. Verschiedenes. Diese Konferenz konnte mit Rücksicht auf ihre Tagesordnung nicht nach auswärts verlegt werden Benkert.

Karlsruher Lebensversicherung

auf Gegenseitigkeit

vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Versicherte Summe: 516 Millionen Mark.

Gesamtvermögen: 180 Millionen Mark.

Vertrag mit dem Badischen Lehrer-Verein.

Dem Lehrer-Witwen und Waisenstift wurden bisher 41500 Mk. überwiesen.

Wichtig für Brautleute
Preis 40% billiger wie in der Provinz.
Franko-Lieferung
Pracht-Katalog mit über 800 Abbildungen gratis u. franko.
F.ZECH'S MOBEL-FABRIK BERLIN O.
Kleine Andreasstr. 9
Gegründet 1859. Beamten 6% Rabatt.

Kaffners Apparat

Zur Erklärung der Flächen- und Kubitmaße. — Preis 3 M.
Bühl. Konkordia.

Berlinische

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

(Alte Berlinische, gegründet 1836.)

Ältestes preussisches Institut dieser Art.

Vertrag mit dem Badischen Lehrer-Verein seit 1877

wodurch dem Lehrer-Witwen- und Waisenstift alljährlich von den Neuversicherungen bedeutende Bonifikationen zugeführt werden können.

Kostenlose Auskunft durch

Die Generalagentur: **J. Moosbrugger,**

Karlsruhe i. Baden, Poststr. 27.

Den Herren Lehrern

zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich den **gesamten Musikverlag** (Chöre von Neuert, Wengert, Mohr, Thiede u.) (ausgenommen Neuert's Schulliederbuch) von

Robert Neumann, Pforzheim

übernommen habe und wollen Sie Ihre geschätzten Aufträge hierauf jetzt mir direkt zukommen lassen.

Verlangen Sie gefl. Auswahlsendungen in Chören, Humoristika u.

Karl Hochstein,

Musik-Verlag und Versand

Heidelberg.

Breinigs Patent-Silztrockenwischer

per Stück 10 S. empfiehlt

Konkordia, Bühl.

Kein Staub mehr

in geschlossenen Räumen nach Anwendung des vollständig geruchlosen **Fussbodenöls Dustless.**

Höchste Auszeichnungen. Von vielen Regierungen und dem Großh. bad. Oberschulrat empfohlen. Anstrich pro qm 3-6 S. In tausenden Schulen, Bureau, Läden, Heilstätten u. u. seit Jahren in Anwendung.

Nur zu beziehen durch **R. Doenoh in Bensheim** (Hessen).

Zur gefäll. Richtigstellung!

Hierdurch teile ich meiner hochgeschätzten Kundschaft mit, daß mein **Musik-Verlag-Geschäft** (trotz Verlagsverkauf) nach wie vor **weiterbesteht**. Alle Lieferungen in **Chören, Humoristika, Theaterstücken** werden mit den bekannten Vergünstigungen weiter geliefert.

Schnellste Besorgung aller Musikalien, auch ohne Komponistenangabe

Rob. Neumann, Pforzheim,

Verlag des Bad. Schul-Liederbuches, Instrumenten- und Saitenhandlung.

Hafnerg. 4.

Rupert Bauer, Freiburg i. Brsg.

Friedrichstraße 19.

Telephon Nr. 956.

Anfertigung
feiner extra Uniformen aller Regimenter unter
Garantie tadelloser Sitzes und vorschriftsmäßiger
Ausführung.

Den Herren Lehrern gewähre auf meine Preisliste einen Extra-Rabatt und günstige Zahlungsbedingungen.

Referenzen aus Lehrerkreisen stehen zu Diensten.

Kein Herr der als Einj.-Freiw. dienen will veräume meine Preisliste zu verlangen.

Hack & Co., Karlsruhe,

Kaiserstrasse 138 (neben Moninger).

Bezugsquelle ersten Ranges für **Pianos, Harmoniums und Musikwerke** jeder Art zu billigsten Preisen. — **Stimmen und Reparieren.**

Eigene Werkstätte. — Zahlungserleichterungen.
* * Gespielte Pianos, Flügel und Tafelklaviere * *
stets auf Lager.

Den Herren Lehrern bei Selbstbedarf oder bei Vermittlung das übliche Entgegenkommen.

Haftpflicht!

Die Notwendigkeit sich gegen Haftpflichtansprüche zu versichern, wird immer mehr anerkannt und holte ich mich zum Abschluß von **Haftpflichtversicherungen** für die Herren Lehrer bestens empfohlen.

Ebenso auch für Unfallversicherungen gegen mögliche feste Prämien. Prospekte und Antragsformulare stehen gerne zu Diensten.

General-Agent Hölzle
Karlsruhe, Durlacher-Allee 26.

PIANOS von M 350 an HARMONIUMS von M 30 an

Höchster Rabatt. Kleinste Raten 20-jähr Garantie. Pianos u. Harmoniums zu vermieten; bei Kauf Abzug der Miete. — Illustr. Kataloge gratis-frei.
Spec.: PIANOS mit bis jetzt unerreicht guter Stimmhaltung! (Pat. Rud.)
Wilh. Rudolph, Giessen gegr. 1851.

Konfordia-Schulfeder in verschied. Nummern u. Spitzen empfiehlt **Bühl, Konfordia.**

Im Selbstverlag des Komponisten (Sasbach, Achern) erschienen:
L. Haupt, Missa i. h. S. Frano. Xaverii. Leichte 4stimmige Messe für gemischten Chor. Partitur 1.20 M. 4 Stimmen 1 M.

Fahnenchwur.

Männerchor. Für jede Fahnenweihe geeignet. Partitur 80 S., 4 Stimmen 60 S.



Violinen

sowie alle anderen Musikinstrumente, deren Bestandteile und Saiten kaufen die Herren Lehrer am vorteilhaftesten v. der **Vogtländischen Musik-Instrumentenfabrik**

Herm. Dölling jr.

Markenkirchstr. 1 S. No. 548

Spezialität: Beste Schul- u. komplette Schülerviolinen, eigenes Fabrikat. Reparaturen vorzüglichst und billigst. Kataloge gratis und franko. Ansichtsendungen u. Teilzahlungen bereitwilligst.

Schuler-Trommeln und Pfeifen zu Vorzugspreisen.

Amerik Harmoniums fein u. billigst.

Möbel-Fabrik

von **H. F. Rothweiler, Karlsruhe,**
37 Amalienstraße 37

empfiehlt sich bei Bedarf von Möbeln im einfachen und modernen Stil, sowie ganze Ausstattungen zu sehr mäßigen Preisen, prompte Bedienung, günstige Zahlungsbedingungen. Ratenzahlungen nach Uebereinkunft. Kostenüberschläge ohne Verbindlichkeit.

Quellenachweis u. Rat bei Bearb. päd. Themen.

Lehrer **Hackemann, Hochst.**

Uhren, Goldwaren,

Alfenide, Musikinstrumente,

Photogr. Apparate.

Günstigste Bezugsquelle für S. S. Lehrer.

Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung ohne Preis-ausschlag.

Illustrierte Kataloge gratis und frei.
L. Römer, Altona (Elbe)

Mathildenstr. 11 B.

(Vertragsfirma versch. Beamtenverbände.)

Streng reelle und billigste Bezugsquelle! In mehr als 150,000 Familien im Gebrauche!

Gänsefedern,

Gänsefedern und alle anderen Sorten Bettfedern. Neuheit u. beste Reinigung garantiert! Preiswerte Bettfedern per Pf. für 0,80; 1 Mark; 1,40. Prima Halbdaunen 1,60; 1,80. Polarfedern: Halbweiß 2, weiß 2,50. Silberweiße Bettfedern 3; 3,50; 4; 5. Schilddünne Gänsefedern 2,50. Polar-daunen 3; 4; 5 Mark. Jede beliebige Pfundzahl jährl. gegen Nachnahme! Zurücknahme auf unsere Kosten!

in Herford W
Pecher & Co. No. 2146.

in Westfalen.
Proben und Preislisten, auch über Bettstoffe und fertige Betten, kostenfrei. Angabe der Preislisten für Federproben erwünscht!

Wegen empfindlichem Raum-mangel und um nicht weitere Lagerräume beziehen zu müssen **gebe enorm billig ab:** mehrere, sehr gut erhaltene, nur kurze Zeit vermietet gewesene vorzügliche

Pianos (zumeist wie neu)

1 Pedal-Harmonium von Hinkel-Ulm (ganz neu).

2 guterhaltene **Tafelklaviere**

1 sehr schönen gebrauchten grad-saitigen

Bösendorfer-Flügel (besonders für Gesangsvereine oder Wirtschaft geeignet).

Ratenzahlungen (event. ohne Anzahlung) gern bewilligt.

* * Für die Herren Lehrer Extrapreise. * * *

Max Liebers

Musikalien- und Piano-for-te-handlung und Leihanstalt **Freiburg i. S., Friedrichstr. 1** beim Siegedenkmal.

Stellentausch.

Evangelische Hauptlehrerstelle mit schöner, großer, abgeschlossener Dienst-wohnung und großem Garten in großem Pfälzerort, von welchem leicht der Besuch jeder Art von Mittelschule (auch der Universität) möglich ist, wird wegen hochgradiger Notwendigkeit eines Familiengliedes gegen eine solche in ruhiger, walddreicher Gebirgs-gegen zum Tausche angeboten.

Offerten unter L. Ziest an die Konfordia in Bühl.

Hof-Instrumentenmacher

Heinrich Kessler,

Spezialität im Geigenbau

Mannheim

P. 6. 2. P. 6. 2.

Gute Violinen mit Rasten

und Bogen zu 12-15 M.

bessere Qual. 20-25 M.

Größte Auswahl sämtlicher

Musik-Instrumente, und deren Bestandteile.

Reparaturen billigst und gut.

— Litra P. 6. 2. bitte zu beachten. —

Deutsche Nähmaschinen

den amerikanischen überlegen & M 20.— bis M 30.— billiger kaufen Sie am besten von

Aug. Mappes, Heidelberg.

Berlg. S. Preisl. von Näh-, Strick-, Wasch-, Brüg- u. Mangel-Maschinen.

•••••

Leichte Messe

für Sopran und Alt mit Orgelbegleitung. Preis M. 2.50. Aktien-gesellschaft Konfordia in Bühl.

Dieser Nummer liegt bei:
Ein Prospekt von **F. W. Otte's** Verlag, Berlin SW. 12.